

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 12. März 2007, 19.00 - 23.00 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Caminada Ignaz CVP

Anwesend:	Antenen Peter, FDP	Mäder Anna, SP
	Arm Alfred, SP	Maibach Urs, GB
	Balz Christian, FDP	Matter Brigitta, SD
	Berlinger Annemarie, SP	Moser Hans, SVP
	Bichsel Bernhard, jfk	Oester Daniel, jfk
	Burren Christian, parteilos	Pestalozzi Hansueli, GB
	Egli Claudia, SP	Rüegsegger Elisabeth, SVP
	Fischli Liz, GB	Salvisberg Ueli, SVP
	Graber Martin, SP	Salzmann Christoph, SP
	Gysel Hermann, EVP	Schmid Hermann, SP
	Hänni Thomas, FDP	Stähli Markus, parteilos
	Henggi Harald, FDP	Staub Hugo, SP
	Herren Thomas, FDP	Staub Stephanie, SP
	Hofer Niklaus, SVP	Stucki Mark, FDP
	Kohler Hanspeter, FDP	Troxler Elisabeth, SP
	Krebs Daniel, SVP	Wyss Ursula, GFL
	Lagger Valentin, CVP	Zwahlen Rolf, EVP
	Lehmann Stefan, SVP	

Entschuldigt:	Bühler Evelyn, FDP	Sidler Rita, SP
	Remund Jan, GFL	Streiff Marco, EVP

Gemeinderat:	Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Streiff Marianne, EVP
	Haudenschield Rita, GB	Studer Ueli, SVP
	Sedlmayer Katrin, SP	

Entschuldigt:	Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Ackermann Judith, FDP
---------------	------------------------------	-----------------------

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

1. Protokoll	40
2. Plattenweg Schliern: Änderung des Nutzungsplanes und des Baureglementes	
Botschaft; Direktion Planung und Verkehr	41
3. Seniorenresidenz Schloss-Strasse Köniz: Änderung Zonenvorschriften der Zone mit Planungspflicht (ZPP) 5/7	
Botschaft; Direktion Planung und Verkehr.....	45
4. Köniz, Areal alte Migros, Abgabe von Land im Baurecht und Änderung des Nutzungsplanes Teilgebiet Köniz - Liebefeld und des Baureglements, Zone mit Planungspflicht (ZPP) 5/3	
Botschaft, Direktion Planung und Verkehr und Direktion Präsidiales und Finanzen.....	48
5. Initiative 5 statt 7, Kronprinzeninitiative, Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission	
Wahl einer nichtständigen Kommission.....	54
6. Dringliche Motion Mitte Fraktion betr. Alterskonferenz der Gemeinde Köniz	
Beantwortung 0631; Direktion Bildung und Soziales.....	55
7. Motion SP betr. Reklamereglement in der Gemeinde Köniz	
Abschreibung 0204; Direktion Planung und Verkehr.....	59
8. Überparteiliches Postulat betr. Verbesserung der Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates	
Abschreibung 0208; Direktion Präsidiales und Finanzen	60
9. Motion Mader (SP/JUSO) betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot	
Abschreibung 0424; Direktion Planung und Verkehr.....	61
10. Überparteiliches Postulat jfk/FDP betr. Kantonsbeiträge für Könizer Regionalbibliotheken	
Beantwortung 0621; Direktion Bildung und Soziales.....	61
11. Motion SVP betr. Budgetberatung im Parlament	
Beantwortung 0625; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	63
12. Interpellation Staub-Muheim (SP) betr. Swisscom-Versuch für ein City WLAN in Köniz	
Beantwortung 0629; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	63
13. Verschiedenes	65

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und bin froh, dass alle ohne Hals- und Beinbruch aus den Skiferien zurückgekehrt sind.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 36 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig. Herr Gemeindepräsident Luc Mentha wird etwas später eintreffen.

Mitteilungen

Der Parlamentspräsident: Das Sitzungsgeld der zweiten Dezember-Sitzung haben wir je zur Hälfte an die Familie Fankhauser im Grünenboden, deren Bauernhaus abgebrannt ist und an unsere Partnerstadt Prijepolje gespendet. Von der Familie Fankhauser ist ein Schreiben eingetroffen, mit welchem sie sich herzlich für die erfahrene Hilfe bedankt. In einem ersten Nachversand wurden uns die Unterlagen zu Traktandum 3, die Botschaft zu allen drei Abstimmungsvorlagen sowie die Einladung zur Informationsveranstaltung Bevölkerungsszenarien und neu eingegangene Vorstösse zugesandt. Mit einem zweiten Nachversand erhielten wir das Protokoll der Sitzung vom 12. Februar 2007, den neuen Sitzungsplan, die Geschäftsplanung des Parlamentes und die Liste der unerledigten Vorstösse inklusive einem in der Zwischenzeit eingegangenen Vorstoss.

Am 28. Februar 2007 nahmen Martin Graber und ich, zusammen mit 21 anderen Parlamentspräsidenten, an einer Informationsveranstaltung teil, zu welcher wir vom Kanton Bern eingeladen worden sind. Herr Regierungspräsident Werner Luginbühl präsentierte die Strategie der Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ). Auf den Inhalt der Präsentation gehe ich hier nicht ein, der Grosse Rat wird demnächst in der zweiten Lesung die offenen Fragen weiterbehandeln. Im Anschluss an diese Beratung wird uns der Gemeinderat sicher darüber informieren.

Ich gebe folgende Änderung des Parlamentsbüros bekannt: In Zukunft wird die Stimmenzählerin Elisabeth Rüegsegger die zwei hinteren Reihen des Parlamentes sowie das Parlamentsbüro auszählen. Die Stimmenzählerin Liz Fischli wird dementsprechend die Auszählung der zwei vorderen Reihen übernehmen. Dazu habe ich noch eine Bitte an uns alle: Tun Sie Ihre Meinungskundgebungen jeweils mit einem deutlichen Handzeichen kund. Jede oder jeder von uns im Parlament, der schon einmal Stimmen zählen musste, weiss wie schwierig das Auszählen ist.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Es geht um eine Richtigstellung, respektive um eine Erläuterung zum Protokoll der Sitzung vom 12. Februar 2007. Ich zitiere den Schluss meines Votums auf Seite 24, Interpellation jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Bevölkerungszufriedenheit mit Gemeindedienstleistungen: "Deshalb stelle ich einige **Folge-** resp. **Präzisierungsfragen** zu den Antworten des Gemeinderates." Der Parlamentspräsident antwortete mir Folgendes: "Gemäss Geschäftsordnung des Parlamentes Art. 59 Abs. 3 dürfen keine **Folgefragen** gestellt werden." In Art. 59 Abs. 3 ist festgehalten: "Ist Diskussion beschlossen, sollen sich die Voten auf die Antwort beziehen und nicht neue Fragen enthalten, die eingehender Abklärungen bedürfen." Ich wollte mich im vorliegenden Fall auf die Antwort beziehen und nicht neue Fragen stellen. In diesem Sinne bitte ich den Parlamentpräsidenten, in Zukunft den Parlamentsmitgliedern ihre Rechte zuzugestehen und erst dann einzugreifen, wenn wir wirklich falsch handeln.

Mit dieser Ergänzung wird das Protokoll der Sitzung vom 12. Februar 2007 genehmigt.

2. Plattenweg Schliern: Änderung des Nutzungsplanes und des Baureglementes

Botschaft; Direktion Planung und Verkehr

Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher): Bei diesem Geschäft handelt es sich um die Umzonung der Arbeitszone A1 in eine Zone mit Planungspflicht (ZPP Plattenweg Schliern 8/4). Die entsprechende Überbauungsordnung ist vorhanden. Geplant sind zwei viergeschossige Bauten mit Attikageschoss. Das Bauvolumen entspricht in etwa der benachbarten Überbauung. Das Verhältnis zwischen anrechenbarer Bruttogeschossfläche (BGF) und Landfläche (= Ausnützungsziffer) beträgt ca. 0,8. Investorin ist die Firma DETAG (Deponie Teufftal AG), respektive die Firma Künzi AG in Köniz, welche Besitzerin der angrenzenden südlichen Überbauung ist. Die betreffende Parzelle ist seit 1969 Bauzone und wurde 1994 anlässlich der Ortsplanungsrevision in eine Arbeitszone A1 umgezont. Die Gemeinde Köniz musste damals Arbeitszonen schaffen, weil vor allem in Schliern zu wenige vorhanden waren. Festzuhalten ist auch, dass sich die Landeigentümerin damals nicht gegen die Umzonung wehrte. Inzwischen wurde jedoch erkannt, dass an diesem Standort keine Nachfrage für Arbeitsplätze besteht. Somit erscheint die Realisierung einer Wohnüberbauung als Ergänzung zur südlichen Parzelle sinnvoll.

Ausdrücklicher Wunsch der GPK ist es, noch eine Bemerkung zur Mehrwertabschöpfung anzubringen: Die Mehrwertabschöpfung ist nicht Gegenstand des Geschäftes und ich habe bereits angemerkt, dass sich die Landeigentümerin 1994 nicht gegen die Umzonung wehrte. Rechtlich gesehen ist die Ortsplanungsrevision von 1994 gültig und es wäre möglich, eine Mehrwertabschöpfung vorzunehmen. Der GPK ist klar, dass dies in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn bei Geschäften zuhanden des Parlamentes und der Stimmbevölkerung das Verfahren feststehen würde. Im Moment ist noch nicht klar, ob und wie eine Mehrwertabschöpfung vorgenommen wird.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 5 Stimmen bei 1 Enthaltung, das Geschäft der Stimmbevölkerung gemäss dem Antrag des Gemeinderates vorzulegen. Die GPK empfiehlt dem Parlament zuhanden der Stimmbevölkerung die Botschaft mit Ergänzungen - eine Zusammenstellung mit den Angaben der Höhe der Bauten, der Angabe der Ausnützungsziffer sowie der Parzellengrösse - zu genehmigen. Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Redaktionskommission einzusetzen.

Eintreten

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion wird die Änderung des Nutzungsplanes und des Baureglementes einstimmig der Stimmbevölkerung zur Annahme empfehlen. Es macht keinen grossen Sinn, eine Arbeitszone A1 am Dorfrand von Schliern bestehen zu lassen, wenn wir bereits Mühe damit haben, die Geweberäume im Zentrum von Schliern zu besetzen. Wir wissen alle, dass die Post ihre Öffnungszeiten eingeschränkt hat und die Bank sowie die Drogerie bereits geschlossen sind. Ich bitte Sie, dem Geschäft zuzustimmen, damit die 35 Wohnungen am Plattenweg realisiert werden können.

Ich habe eine Anschlussfrage an den Gemeinderat: Die SVP-Fraktion fragt sich, was geschieht, wenn weitere Begehren für Umzonungen von Arbeitszonen in Zonen mit Planungspflicht kommen. Wird dazu jeweils von Fall zu Fall entschieden?

Herr Hanspeter Kohler (FDP): Die Gemeinde Köniz soll weiterhin eine attraktive Wohn- und Arbeitsgemeinde bleiben, das macht sie attraktiv. Arbeits- und Wohnzonen müssen deshalb ständig aufeinander abgestimmt werden. Durch den erfreulichen Zugang neuer Firmen und somit Arbeitsplätzen in den letzten Jahren ist in der Gemeinde Köniz dementsprechend weiterhin die Schaffung von zusätzlichen Wohnzonen notwendig. Das vorliegende Geschäft passt sehr gut in die laufende Strategie. Das Areal am Plattenweg eignet sich infolge der Lage im Grünen in jeder Hinsicht sehr gut für Wohnzwecke. Die FDP/jfk-Fraktion unterstützt deshalb die Änderung des Nutzungsplanes und des Baureglementes in Schliern.

Wir erklären uns mit Folgendem nicht ganz zufrieden: Die Unterlagen zu diesem Geschäft und den folgenden betreffend Änderungen von Nutzungsplänen und Baureglement, fielen ziemlich mager aus. So fehlte uns z.B. die wichtige Information über die Mehrwertabschöpfung. Wir Parlamentsmitglieder müssen über Hintergründe, Zusammenhänge, Projekte und Details umfangreicher informiert werden. Es kann nicht sein, dass dem Botschaftstext zum Teil mehr

zu entnehmen ist als unseren Unterlagen. Wir bitten deshalb den Gemeinderat, dies zukünftig besser zu berücksichtigen.

Frau Annemarie Berlinger (SP): Die Parzelle im vorliegenden Geschäft ist eine der letzten Siedlungslücken in Schliern. Eine Umzonung macht hier Sinn und das vorliegende Projekt gefällt der SP-Fraktion. Zudem sind während der Planauflage im Dezember 2006 keine Einsprachen eingegangen. Bei der Vorstellung des Projektes anlässlich der Hauptversammlung des Ortsvereins Schliern äusserte sich niemand negativ. Wie wir vorhin von Niklaus Hofer gehört haben, benötigt Schliern vor allem den Zuzug junger Familien. Dies legte die Studie zu den Bevölkerungsszenarien der Gemeinde Köniz eindrücklich dar. Deshalb soll die vorgesehene Überbauung besonders für Familien attraktiv sein. Mit der grosszügigen Gestaltung der Aufenthaltsbereiche und der Spielplätze, mit der guten Anbindung an den öffentlichen Verkehr sowie der Nähe zu Kindergarten und Schule, ist diese Attraktivität vorhanden. Die SP-Fraktion empfiehlt der Stimmbevölkerung die Änderung des Nutzungsplanes und des Baureglementes zur Annahme und genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Frau Liz Fischli (GB): Wir Grünen stimmen der Umzonung von Arbeitszone A1 in eine Wohnzone an sich zu, treten also auf das Geschäft ein. Wir möchten es jedoch an den Gemeinderat zurückweisen, da wir in einem Punkt eine Verbesserung erreichen möchten.

Der Parlamentspräsident: Wir bitten um Begründung des Rückweisungsantrages.

Frau Liz Fischli (GB): Vor neun Jahren bin ich mit meiner Familie nach Wabern in eine Wohnsiedlung gezogen, die über keinen Spielplatz und keine grössere Ballspielfläche verfügte. Auf unsere Frage, ob noch Spielplätze realisiert werden, hiess es, diese würden zu gegebener Zeit realisiert, falls die Gemeinde Köniz es verlange. Es sei ausserdem noch eine Reservefläche vorhanden, die für die Realisierung eines Spielplatzes geeignet sei. Wir erkämpften uns die Spielflächen für unsere Kinder mit Effort, Einsprachen und Beschwerden schlussendlich bis vor das Verwaltungsgericht. Deshalb schaue ich bei jedem Bauprojekt genau auf diese Anliegen. Wir stellten fest, dass die ZPP und die Überbauungsordnung keine grössere zusammenhängende Spielplatzfläche vorsieht. Deshalb beantragt die Mehrheit der GB/GFL-Fraktion die Rückweisung in diesem Punkt und verlangt eine Verbesserung durch den Gemeinderat. Die Realisierung einer grösseren Ballspielfläche ist kein Wunschprogramm, sondern gemäss kantonalem Baurecht zusätzlich zu den übrigen Spielplatz- und Aufenthaltsflächen zwingend gefordert. Für 35 Wohnungen - wenn es sich um Familienwohnungen handelt - würde diese Fläche 500 m² betragen. Die Vorgaben für grosse Spielflächen wurden 1985 ins kantonale Baurecht aufgenommen. Sie waren Teil sämtlicher neuer Vorschriften für Umgebungsgestaltungen und waren Kern- und Schwerpunkt der damaligen Totalrevision. Mit dieser Revision wurde den Aussenräumen ein Eigenwert zugestanden und eingeräumt. Sie müssen deshalb genau so sorgfältig geplant und umgesetzt werden wie die Gebäude selber. Die Überbauungsordnung sieht eine grössere aus zwei Teilen bestehende Ballspielfläche vor. Das widerspricht der ratio legis, der Meinung des kantonalen Gesetzgebers. Das kantonale Baurecht hält ausdrücklich fest, dass eine grössere Ballspielfläche, welche Jugendlichen und Erwachsenen zur Verfügung stehen soll, möglichst eben, gut proportioniert und zusammenhängend sein muss. Es versteht sich von allein, dass auf einer Fläche von lediglich 250 m² Ballspiele nicht so gut ausgeübt werden können, wie auf einer solchen von 500 m². Die verbleibende Fläche muss demnach zusammenhängend sein. Das Verwaltungsgericht hiess bereits einmal eine Beschwerde gut, die sich dagegen wehrte, dass zwar eine Spielfläche vorgesehen sei, jedoch nicht zusammenhängend. Bauprojekte ohne grössere Ballspielflächen sind nicht bewilligungsfähig, d.h. die ZPP 8/4 müsste eventuell neu öffentlich aufgelegt oder zumindest im Sinne des Baurechts ausgelegt werden. Die gemeinderätliche Überbauungsordnung muss eine grössere zusammenhängende Ballspielfläche vorsehen. Alles andere ist und bleibt anfechtbar und man müsste unter Umständen wieder von vorne beginnen. Wir möchten nicht wieder in ein Fiasko hineinlaufen mit nachträglichen Korrekturen und Volksabstimmungen. Die GB/GFL-Fraktion beantragt deshalb mehrheitlich die Rückweisung und Verbesserung des Geschäftes in diesem Punkt.

Der Parlamentspräsident: Ich eröffne die Diskussion zum Rückweisungsantrag.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Die Jungfreisinnigen werden den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Es geht in diesem Geschäft darum, der Stimmbevölkerung die Änderung des

Nutzungsplanes und des Baureglements zu empfehlen oder eben nicht. Aber nicht darum, wo genau auf dieser Parzelle die Bauten und wo die Ballspielflächen realisiert werden. Betreffend Ballspielplatz: Auf dem Foto in den Unterlagen zu diesem Geschäft ist gut ersichtlich, dass sich in ca. 300 Metern Entfernung die Sportanlage des Blindenmoos-Schulhauses in Schliern befindet. Diese Entfernung wäre den Kindern zumutbar.

Frau Claudia Egli (SP): Ich gehe kurz auf die Bedenken der GB/GFL-Fraktion ein: Auch die SP-Fraktion betrachtete die Grösse der Spielflächen genau. Schliern benötigt vor allem junge Familien als Neuzuziehende und aus diesem Grund soll die Überbauung für sie attraktiv sein. Nach Auskunft der Behörden sind die Aufenthalts- und Spielflächen in der Summe grösser als das vorgeschriebene Minimum gemäss Baugesetz. Auf diese Angaben verlassen wir uns. Wir sind der Meinung, die Ausgestaltung der Spielflächen den professionellen Planern zu überlassen, die dafür besorgt sein sollen, aus diesem interessanten Gelände etwas Gutes für Kinder jeden Alters zu schaffen.

Frau Stephanie Staub (SP): In der GPK stellten wir uns genau diese Frage, die wir ausführlich berieten. Der Gemeindeplaner, Manfred Leibundgut, gab uns hier ausführliche und für uns nachvollziehbare Auskünfte. Liz Fischli, ich befasse mich ebenfalls jeweils sehr intensiv mit solchen Projekten, denn früher wurden jeweils irgendwelche Flächen als Spielflächen ausgewiesen. Im vorliegenden Projekt ist dies sicher nicht der Fall, sondern das Gelände ist für Kinder jeden Alters interessant. Ich beantrage, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Herr Urs Maibach (GB): Das Gelände ist sicher interessant für die Errichtung von Spielflächen für Kinder, jedoch keine Wunschvorstellung. Wir sehen das Problem folgendermassen: Wenn wir das vorliegende Geschäft der Stimmbevölkerung zur Annahme empfehlen, daraus später jedoch unter Umständen ein Gerichtshandel entsteht, kann das Bauprojekt eventuell nicht wie vorliegend verwirklicht werden. Bernhard Bichsel, ich bin derselben Meinung wie du, dass wir hier über die Änderung des Nutzungsplanes und des Baureglements beraten. Ich appelliere hier jedoch dafür, die Korrektur rechtzeitig vorzunehmen, womit unter Umständen ein allfälliger Rechtshandel vermieden werden könnte.

Frau Liz Fischli (GB): Ich nehme nochmals kurz Stellung betreffend Zahlen: Vieles im vorgesehenen Projekt ist gut, die vorgesehene befestigte Fläche und die Wiesenfläche entsprechen dem, was als Spiel- und Aufenthaltsfläche ausgewiesen werden muss. Hinzu kommt die Wiesenmulde, welche jedoch nicht angetastet werden darf. Demnach ist keine zusätzliche, möglichst ebene und zusammenhängende Fläche mehr als grössere Ballspielfläche vorhanden. Für Kinderspielplätze müssen mindestens 15 Prozent der BGF der Familienwohnungen ausgewiesen werden, für Aufenthaltsflächen 5 Prozent. Die Grösse der Ballspielfläche muss sich nach der Anzahl der Familienwohnungen richten. Bei einer Anzahl von mehr als 30 Wohnungen sind dazu mehr als 500 m² notwendig. Es ist nicht massgebend, ob sich in der Nähe z.B. ein Schulhaus mit Sportplätzen befindet, denn diese zusammenhängenden Spielflächen sollen sich innerhalb der Wohnsiedlungen befinden. Wir beantragen lediglich eine Korrektur, damit eine zusammenhängende Ballspielfläche realisiert werden kann. Wird die ZPP so ausgelegt, dass neben einer grösseren Ballspielfläche die Wiesenmulde belassen wird, ist es in Ordnung. Das ist bei der vorliegenden Überbauungsordnung jedoch nicht der Fall.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäftes. In Schliern ist ein grosses Bedürfnis nach Wohnraum vorhanden. Das Quartier ist gut erschlossen, die Infrastruktur vorhanden. Es befindet sich im Grünen und das vorgesehene Projekt ist attraktiv. Wie bereits erwähnt, sind auch keine Einsprachen eingegangen. Zum Thema Mehrwertabschöpfung: Wir werden die GPK am 11. Juni 2007 darüber informieren. Zur Frage von Niklaus Hofer betreffend weiteren Begehren nach Umzonungen von Arbeits- in Wohnzonen: Das wird Teil der Ortsplanungsrevision sein. Zur vorgesehenen Teilrevision wird auch eine öffentliche Mitwirkung durchgeführt, wo sich Interessierte eingeben können. Aufgrund des REK (Raumentwicklungskonzept) wurde klar festgestellt, dass in der Gemeinde Köniz noch genügend Baulandreserven vorhanden sind.

Betreffend der kritisierten Unterlagen stelle ich Folgendes fest: Wir werden uns in Zukunft bemühen, Ihnen noch umfangreichere Unterlagen zu solchen Geschäften abzugeben. Zur Kritik, dass wichtige Informationen dem Botschaftstext entnommen werden mussten: Wir bemühen uns, im Parlamentsantrag und in der Botschaft nicht dasselbe zweimal aufzuführen, weil wir der Meinung sind, dass Sie alle Unterlagen - auch den Botschaftstext - lesen.

Zur Frage betreffend Spielplatzfläche: Das Anliegen für eine zusammenhängende Ballspielfläche ist an sich sympathisch. Es ist jedoch nicht Teil der ZPP, sondern ist in der Überbauungsordnung geregelt, und diese liegt klar im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Infolge der Topografie des Geländes und weil die Wiesenmulde erhalten werden soll, ist es nicht möglich, eine zusammenhängende Ballspielfläche zu realisieren. Aus diesem Grund ist die Realisierung von zwei Flächen - einem Hartplatz und einer Spielwiese - vorgesehen. Das kann unter Umständen für Kinder attraktiver sein. Die kantonale Vorschrift schreibt für diese Überbauung total 1'300 m² Spielfläche, Aufenthaltsbereich und Kinderspielplätze vor. Wenn wir den umliegenden Grünraum noch hinzurechnen, sind total 4'350 m² für Kinder vorhanden. Das heisst, es ist wesentlich mehr Fläche vorhanden als vom Kanton vorgeschrieben. Die Verordnung des Kantons besagt, dass Ausnahmen vorgenommen werden können, z.B. aufgrund besonderer Umstände oder wenn schwierige Grundstücksverhältnisse vorliegen. Wir haben bereits Ausnahmen bewilligt wie z.B. am Gerbereiweg in Niederscherli oder in der Inselheim-Stiftung am Buchseeweg in Köniz. Es ist nicht zu befürchten, dass dieses Projekt daran scheitern wird, dass die Spielfläche nicht zusammenhängend ist.

Der Rückweisungsantrag der GB/GFL-Fraktion, das Geschäft infolge einer fehlenden zusammenhängenden Ballspielfläche an den Gemeinderat zurückzuweisen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Detailberatung

Herr Daniel Oester (jfk): Obwohl meine Anmerkung nicht an dieser Stelle angebracht ist, haben wir Jungfreisinnigen folgendes Anliegen: Wir würden uns freuen, wenn auch dieses Projekt - soweit möglich - gemäss dem Minergiestandard umgesetzt würde.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich kann es mir nicht verkneifen, zu den "Merkmale des anvisierten Projektes" eine Bemerkung anzubringen, obwohl es nicht Gegenstand des Geschäftes ist: "Die Überbauung besteht im Wesentlichen aus 2 Baufeldern für je einen 4-geschossigen Bau mit Attika", steht hier geschrieben. Anlässlich der letzten Parlamentssitzung wurden wir über die Definition von Attikageschossen aufgeklärt. Im Protokoll ist nachzulesen, dass ein Attikageschoss ausnahmsweise auf zwei Seiten fassadenbündig hinaufgezogen werden könne. Im vorliegenden Projekt wird das Attikageschoss jedoch sogar auf drei Seiten fassadenbündig hinaufgezogen und somit unterscheidet es sich von der Strasse aus gesehen nicht mehr von einem 5-geschossigen Gebäude.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Zuerst zur Frage betreffend Minergie: In der Überbauungsordnung ist Folgendes zu lesen: "Bei der Planung und Ausführung sind geeignete Massnahmen vorzusehen, die den Betrieb und die Benutzung der Gebäude mit möglichst geringem Energieaufwand erlauben. Die vorgesehenen Massnahmen sind in einem frühen Stadium mit der Energiefachstelle der Gemeinde Köniz abzusprechen." Zur Heizung: "Für die von der Überbauungsordnung erfassten Gebäude ist ein gemeinsames Heizwerk zu errichten. Die Verpflichtung entfällt bei der Realisierung von Minergie- oder von Minergie-P-Gebäuden oder wenn der Energiebedarf vollständig mit erneuerbaren Energien abgedeckt wird." Somit ist der Minergiestandard nicht zwingend verlangt, es wird jedoch nahegelegt gemäss diesem zu bauen. Betreffend Attikageschoss: In der ZPP ist das fassadenbündige Hinaufziehen des Attikageschosses auf drei Seiten erlaubt, da es projektbezogen ist. Dieser Umstand wurde von der Bau- und Planungskommission geprüft und als gut befunden.

Mit 31 : 2 Stimmen (Ziffer 1) und mit grossem Mehr (Ziffer 2) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

- 1. Das Parlament beantragt den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Änderung des Nutzungsplanes Teilgebiet Schliern und des Baureglementes über die Zone mit Planungspflicht (ZPP) Plattenweg Schliern. Nr. 8/4 wird zugestimmt.*
- 2. Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten, unter Vorbehalt der Überarbeitung durch die Redaktionskommission.*

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha trifft um 19.20 Uhr ein

3. Seniorenresidenz Schloss-Strasse Köniz: Änderung Zonenvorschriften der Zone mit Planungspflicht (ZPP) 5/7

Botschaft; Direktion Planung und Verkehr

Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher): Materiell muss ich mich zu diesem Geschäft nicht mehr äussern. Es handelt sich um dasselbe Projekt, welches vom Parlament am 13. März 2006 verabschiedet und von der Stimmbevölkerung anlässlich der Abstimmung vom 21. Mai 2006 genehmigt wurde. Dies mit einem Ja-Stimmen-Anteil von ca. 75 Prozent. Das Problem liegt darin, dass zu Beginn des Verfahrens eine falsch ermittelte Zahl der Bruttogeschossfläche (BGF) - 5'700 m² anstatt 6'500 m² - übernommen wurde und somit die ZPP 5/7 und die Überbauungsordnung nicht richtig sind. Wie kam es zu diesem Fehler? Im Mai 2005 ging das in den Unterlagen abgebildete Projekt als Sieger aus einem Studienauftrag hervor. Der Verfahrensbegleiter ermittelte zuhanden des Preisgerichts für alle Projekte die Bruttogeschossfläche gemäss kantonaler Bauverordnung, die für das Siegerprojekt 5'694 m² betrug. Im August 2005 lieferte das siegreiche Team den Entwurf für eine Überbauungsordnung an die Gemeinde. Gemeinsam wurde die maximal zulässige BGF auf 5'700 m² festgelegt. Im Oktober 2006, d.h. erst nach erfolgter Genehmigung der neuen Zonenvorschriften der ZPP 5/7 und der entsprechenden Überbauungsordnung durch den Kanton, wurde der Fehler im Baubewilligungsverfahren entdeckt. Anlässlich von Einspracheverhandlungen bemerkte die WIWO AG (Wirtschafts- und Wohnbauförderungs AG) die falsche BGF-Zahl. Das Bauinspektorat berechnete darauf eine BGF von 6'398 m². Der Gemeinderat musste die ZPP und die Überbauungsordnung neu auflegen. Die darauf eingehenden Einsprachen verlangten vor allem die Durchführung eines ordentlichen Verfahrens. Das heisst, die ZPP und die Überbauungsordnung müssen dem Parlament und der Stimmbevölkerung mit der geänderten BGF von 6'400 m² erneut vorgelegt werden.

Welche Konsequenzen sind nun zu gewärtigen? In der Botschaft steht geschrieben, die Änderung der BGF habe für die Gemeinde keine grossen finanziellen Verluste zur Folge. Die GPK verlangte anlässlich ihrer Sitzung, dass bis zur nächsten GPK-Sitzung über die entstandenden Kosten gemeindeseitig wie auch - so gut als möglich - vonseiten der WIWO AG Auskunft gegeben wird. Es handelt sich um Verluste von Mietzinsen und Kosten infolge Bauverzögerungen. Die Gemeinde Köniz ist an der WIWO AG beteiligt. Weiter wünscht die GPK, dass sie über konkrete Massnahmen zur Qualitätssicherung solcher Projekte informiert wird. Wir können hier nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergehen, sondern es sind konkrete Massnahmen und Kontrollen notwendig, damit solche Fehler in Zukunft nicht mehr vorkommen. In der GPK wurde der Antrag für Nichteintreten auf das Geschäft gestellt, die BGF bei 5'700 m² zu belassen und das Projekt entsprechend anzupassen. Das würde jedoch noch mehr Kosten verursachen und die GPK lehnte den Rückweisungsantrag mit 4 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen, das Geschäft den Stimmberechtigten gemäss Antrag des Gemeinderates zur Annahme zu empfehlen. Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Botschaft an die Stimmberechtigten zu genehmigen und zugleich die Einsetzung der Redaktionskommission.

Eintreten

Herr Christian Burren (parteilos): Die SVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Geschäft generell zu, da es sich - wie der GPK-Sprecher erwähnte - um dasselbe handelt, das wir vor einem Jahr bereits genehmigten. Uns ist wichtig, dass dieses Projekt so rasch als möglich realisiert werden kann. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion einstimmig die Änderung der Zonenvorschriften, d.h. die Korrektur der Bruttogeschossfläche (BGF) von 5'700 m² auf 6'400 m². Beim vorliegenden Geschäft kommen schlechte Erinnerungen auf. An der Parlaments-sitzung vom 12. Februar 2007 wurde die Motion betr. Sanierung der Alterswohnungen im Hessgut, Liebfeld, erheblich erklärt, die den Gemeinderat auffordert, das Geschäft dem Parlament erneut vorzulegen. Aufgrund einer nicht beachteten Dienstbarkeit kam es zu Einsprachen, was zu Änderungen des Projektes führte. Damals wurde erklärt, solches dürfe nicht mehr geschehen, ansonsten seien Konsequenzen zu gewärtigen. Solche Fehler sind für die Gemeinde Köniz blamabel und sicher Wasser auf die Mühlen allfälliger Einsprechender. Wir würden gerne darüber informiert, wie man solche Fehler in Zukunft vermeiden will und welche Konsequenzen dieser erneute Vorfall hat.

Herr Mark Stucki (FDP): Bis anhin ging ich davon aus, die Gemeinde Köniz verfüge über eine professionelle Verwaltung und sei keine Jagdgesellschaft, die möglichst viele kapitale Böcke schießt. Gegenwärtig müssen wir uns jedoch - weil eben Böcke geschossen werden - Sitzung für Sitzung mit Vorlagen beschäftigen, die wir eigentlich schon erledigt glaubten. Zuerst geht an der Hessesstrasse eine Dienstbarkeit vergessen, was eine Motion zur Folge hatte, die an der letzten Parlamentssitzung erheblich erklärt wurde. Im vorliegenden Fall wurde die Bruttogeschossfläche der Seniorenresidenz Schloss-Strasse falsch übernommen, was sage und schreibe die Wiederholung einer Volksabstimmung zur Folge haben wird. Ich bestreite nicht, dass Fehler vorkommen können. Was hier jedoch geschah, ist - ich spreche Klartext - ein Skandal. Dass ein Projektverfasser falsch rechnet, ist an sich schlimm genug. Wenn die Gemeindeverwaltung jedoch bei einem Geschäft, das der Stimmbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird, keine saubere Überprüfung durchführt und die Prüfung nicht nochmals gegenkontrolliert, kann dies nur mit Klartext kommentiert werden. Solches darf nicht geschehen. Betrachte ich das "Böckemassaker", frage ich mich, ob hier ein grundlegendes Problem bei den Abläufen und der Führung der Verwaltung vorhanden ist. Das ist der Punkt, den wir näher betrachten müssen. Lamentieren - auch wenn ich selber gerade etwas mitgeholfen habe - bringt wenig. Augen zu und durch, kann es aber auch nicht sein. Es muss nun alles dafür unternommen werden, damit solche Fehler künftig nicht mehr geschehen. Dazu gehört, dass nicht in eine Rechtfertigungshaltung verfallen wird, sondern Abläufe, Führung und personelle Fragen rücksichtslos überprüft werden. Es interessiert mich in diesem Zusammenhang, welche Konsequenzen diese Fehlleistungen verwaltungsintern hatten. Ich würde gerne Informationen über die Folgekosten dieses kapitalen Bocks erhalten. Es ist völlig ungenügend, wenn man sich darauf beschränkt, künftige Projektverfasser darauf hinzuweisen, dass Zonenvorschriften einzuhalten seien. Das betrachte ich als Selbstverständlichkeit. Der Gemeinderat muss nun verwaltungsintern Remedur schaffen. Ich erwarte heute kein Garantieversprechen, dass nie mehr Fehler passieren, denn absolute Garantie gibt es nicht. Ich erwarte jedoch, dass der Gemeinderat alles unternimmt, damit Vorlagen ans Parlament und vor allem an die Stimmbevölkerung künftig korrekt und ohne Fehler sind. Ich erwarte, dass der Gemeinderat konkrete Massnahmen ergreift und Kontrollverfahren institutionalisiert und damit die Verantwortung für die Qualität von Vorlagen und Projekten übernimmt. Die FDP/jfk-Fraktion sagt heute - wie bereits am 13. März 2006 - ja zur Vorlage, inklusive der Korrektur. Sie sagt jedoch ganz klar nein zum Durchwinken solch derartig unglaublicher Fehler.

Herr Hermann Gysel (EVP): Auch die CVP/EVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zu diesem Geschäft zustimmen. Der Fehler ist geschehen und ich möchte hier nicht polemisieren, sondern auf etwas hinweisen, das mich etwas erstaunte. Ich versuchte zu verstehen, was nun für die Vermeidung solcher Fehler in Zukunft vorgenommen werden soll. Man solle die Projektverfasser darauf hinweisen, dass die Zonenvorschriften verbindlich einzuhalten seien, vermehrte Zwischenkontrollen während des Erlassverfahrens, u.a.m. Wenn eine solche Haltung eingenommen wird, garantiere ich jedoch, dass mehr Fehler passieren werden. In meinen Augen muss die Anzahl der Kontrollen reduziert, aber gleichzeitig eine Checkliste erstellt werden. Auf dieser muss der oder die Verantwortliche mit der Unterschrift für die Richtigkeit der Bruttogeschossfläche garantieren. Weniger Kontrollen, aber Verantwortliche, die mit ihrer Unterschrift für eventuelle Fehler haften, würde administrativen Leerlauf reduzieren. Auch die Aussage u.a.m. (und anderes mehr) des Gemeinderates erstaunt mich. Wenn man für die Lösung von Qualitätsproblemen u.a.m. einführen will, werden somit unklare Regelungen herausgegeben, was nichts bringt. Die Einführung einer strikt einzuhaltenden Änderung bringt eindeutig mehr.

Frau Ursula Wyss (GFL): Vor fast einem Jahr haben die Stimmberechtigten der Gemeinde Köniz über die Änderung der Zonenvorschriften für die Erweiterung der Seniorenresidenz Schloss-Strasse abgestimmt und die Vorlage klar angenommen. In der Zwischenzeit wurde festgestellt, dass sich ein Rechnungsfehler eingeschlichen hat und deshalb das vorgesehene Bauprojekt nicht wie vorgesehen realisiert werden kann. Für die Lösung dieses Problems bieten sich zwei Möglichkeiten an: Entweder wird der Zonenplan angepasst - dazu ist eine erneute Abstimmung notwendig - oder das Projekt wird an die neue Zone angepasst. In meinen Augen ist - im Gegensatz zum Gemeinderat - die logische Lösung, das Bauprojekt an die neue Zone anzupassen. Dies deshalb, weil wir nicht über das Projekt, sondern über die Änderung des Zonenplans abgestimmt haben. Natürlich soll auch - meine Vorredner haben es

bereits erwähnt - alles daran gesetzt werden, dass solche Fehler nicht mehr geschehen. Der Gemeinderat will jedoch am Projekt festhalten, d.h. die BGF erhöhen. Das bedeutet eine nochmalige Abstimmung. Ich bin der Meinung, dass man sich damit bei der Stimmbevölkerung lächerlich macht; ich höre die hämischen Bemerkungen schon. Solches Vorgehen trägt nicht dazu bei, dass sich die Stimmbevölkerung wieder vermehrt an Abstimmungen beteiligt. Im Gegenteil. Deshalb ist es in meinen Augen politisch viel besser, stillschweigend in den sauren Apfel zu beissen und das Projekt anzupassen, d.h. gemäss dem neuen Zonenplan zu bauen. Es geht mir in diesem Fall nicht um die Höhe der Bruttogeschossfläche oder um das vorgesehene Projekt. Ich habe bereits der ersten Zonenplanänderung zugestimmt. Ich betrachte die Angelegenheit lediglich mit gesundem Menschenverstand und wäge ab, welches das kleinere Übel ist. Das ist in meinen Augen die Anpassung des Projektes, anstatt die einigen wenigen Stimmbürger, welche sich noch an Abstimmungen beteiligen, noch einmal für dieselbe Abstimmung zu bemühen. Die GB/GFL-Fraktion lehnt deshalb mehrheitlich eine erneute Abstimmung ab und stimmt dem Antrag des Gemeinderates nicht zu.

Herr Hugo Staub (SP): Das Projekt zur Erweiterung der Seniorenresidenz Schloss-Strasse wurde vor einem Jahr an dieser Stelle ausführlich und teilweise konvers diskutiert. Schlussendlich wurde es ohne Gegenstimmen der Stimmbevölkerung zur Annahme empfohlen. Wir konnten damals nicht wissen, dass wir zwar über das richtige Projekt, jedoch über die falschen BGF-Werte entschieden haben. Heute liegt uns die Erweiterung der Seniorenresidenz Schloss-Strasse zum zweiten Mal auf dem Tisch. Es handelt sich immer noch um dasselbe Projekt, jedoch mit den richtigen BGF-Werten. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Diskussion zum Projekt nicht wiederholt werden muss. Es ist offensichtlich, dass das Problem bei einem lange Zeit unerkannt gebliebenen Versehen bei der Berechnung der BGF liegt und nicht beim Projekt selber. Bei einer nochmaligen Durchsicht des entsprechenden Parlamentsprotokolls habe ich kein einziges Votum gefunden, das sich direkt auf die BGF-Werte bezog. Wir sind deshalb der Meinung, die BGF-Werte dem Projekt und nicht das Projekt den falschen BGF-Werten anzupassen. Ebenfalls richtig ist es unserer Meinung nach, dass man zu gemachten Fehlern steht und in aller Ehrlichkeit die notwendigen Schritte für deren Korrektur unternimmt. Dazu gehört - selbst wenn es kein Akt der Freude ist -, dass die Vorlage der Stimmbevölkerung erneut unterbreitet wird. Wichtig ist uns auch, dass aus Fehlern gelernt wird. Man muss sich unter anderem fragen, wo und weshalb der Fehler geschah und weshalb er nicht früher erkannt wurde. Verantwortungen sind klar zuzuweisen. Uns geht es vor allem um die Optimierung eines Qualitätssicherungssystems in der Verwaltung, damit sich solche Fehler möglichst nicht wiederholen. Wir begrüssen es, dass diese Diskussionen in der GPK geführt werden und das Parlament über die Verbesserungen für die zukünftige Vermeidung solcher Fehler stets informiert wird. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu.

Herr Daniel Oester (jfk): Ursula Wyss, ich bin etwas enttäuscht über dein eben gehaltenes Votum. Einerseits erklärst du, unsere Stimmbevölkerung sei dumm, andererseits jedoch, sie sei politisch gescheitert. Ich bin der Meinung, dass wir zu unseren Fehlern stehen müssen. Jedoch nicht derart, dass wir mit deinem Vorschlag, das Projekt sei der in der ersten Abstimmungsvorlage enthaltenen Bruttogeschossfläche anzupassen, die Rendite schmälern und quasi die Stimmbevölkerung die Folgen unserer Fehler tragen lassen.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die sachliche Diskussion zum vorliegenden Geschäft. Wie gesagt, das Projekt bleibt gleich, nur die BGF ändert. Auch mir tut es Leid, dass wir damit die Stimmbevölkerung nochmals bemühen müssen und ich verstehe Ihren Ärger über den Fehler. Das Projekt fand bereits in der ersten Abstimmung eine breite Zustimmung und wurde vom AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) genehmigt. Es wäre schade, wenn wir das Projekt durch einen Rückweisungsantrag gefährden würden. Auch während der öffentlichen Mitwirkung kamen wenige Eingaben, d.h. das Projekt wird von einem grossen Teil der Anwohnenden für gut befunden.

Zu den von Ihnen geforderten Massnahmen: Wir werden der GPK am 30. April 2007 das von der Planungsabteilung erarbeitete Qualitätssicherungssystem vorstellen. Wir werden die Berechnungen vorlegen, welche die WIWO AG nun vornimmt, d.h. welche Kosten die Verzögerung des Projektes um ein Jahr nach sich zieht. Wir haben bereits Massnahmen ergriffen. Wir fordern von allen Bauherren, dass sie sich an die vorgegebenen Angaben halten und diese stets schriftlich bestätigen.

Ich gebe noch die neuesten Informationen betreffend Einspracheverhandlungen bekannt: Es wurden vier Einsprachen infolge der veränderten BGF eingereicht. Zwei Parteien halten ihre Einsprache nach wie vor aufrecht und die zwei anderen zum Teil.

Mit 31 : 3 Stimmen (Ziffer 1) und 31 : 0 Stimmen (Ziffer 2) (siehe nachträgliche Abstimmung Seite 54) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Das Parlament beantragt den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Änderung der Zonenvorschriften der Zone mit Planungspflicht (ZPP) Nr. 5/7 Schloss-Strasse Köniz vom 7. September 2006, d.h. der Korrektur der BGF von 5'700 m² auf 6'400 m² wird zugestimmt.*
2. *Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten unter Vorbehalt der Überarbeitung durch die Redaktionskommission.*

4. Köniz, Areal alte Migros, Abgabe von Land im Baurecht und Änderung des Nutzungsplanes Teilgebiet Köniz - Liebefeld und des Baureglements, Zone mit Planungspflicht (ZPP) 5/3

Botschaft; Direktion Planung und Verkehr und Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher): Nun kommen wir zu einem etwas erfreu-licheren Geschäft. Es handelt sich um den Abschluss eines Baurechtsvertrages und um die Änderung des Nutzungsplanes Teilgebiet Köniz - Liebefeld und des Baureglements, ZPP 5/3 sowie darum, den Gemeinderat mit dem Vollzug zu beauftragen. Zur Geschichte: Ursprünglich plante die Migros, das Gebäude an der Landorfstrasse auszubauen. Da diese ihren Neubau nun im Bläuacker realisiert hat, konnte die Gemeinde Köniz die Parzelle 963 erwerben. Zuerst war die Vermietung an eine Detailhandelskette vorgesehen. Nach deren Rückzug wurde der Weg für eine komplette Umnutzung des Areals frei. Das Parlament genehmigte am 19. Mai 2005 einen Planungskredit in der Höhe von 280'000 Franken und die Gemeinde schrieb einen selektiven Architektur- und Investorenwettbewerb aus. Das heute vorliegende Projekt "AM HOF" rangierte damals an zweiter Stelle, war jedoch das einzige mit einem Angebot für die Abgabe eines Baurechtszinses von 40 Franken pro Quadratmeter BGF. Der Gemeinderat entschied sich deshalb für dieses Projekt. Einige Besonderheiten: Die Gemeinde Köniz ist Alleineigentümerin von etwa drei Vierteln des gesamten für die Überbauung vorgesehenen Areals und Baurechtsnehmerin - bis zum Jahr 2020 - für den restlichen Viertel. Die Gemeinde Köniz verfügt für den restlichen Viertel über ein Kaufrecht. Mit Anpassungen der Verträge will man erreichen, dass das Baurecht an den Investor übergeht und das Kaufrecht bei der Gemeinde bleibt. Es macht durchaus Sinn, dass die Gemeinde Alleinbesitzerin des ganzen Areals ist. Über die Einsprachen wird uns Gemeinderätin Katrin Sedlmayer informieren.

Der Kreditrahmen genügte für die Durchführung des Architektur- und Investorenwettbewerbes. Das Projekt überzeugt städtebaulich und architektonisch. Es wird im Minergiestandard realisiert. Sehr wichtig ist in unseren Augen, dass wir einen marktgerechten und wiederkehrenden Baurechtszins generieren. In der GPK wurden Befürchtungen geäußert, dass keine Mieter gefunden werden, weil die Mietzinsen zu hoch ausfallen könnten. Der Investor ist die Gebäudeversicherung Bern (GVB), welche den Grundausbau vornimmt und die einzelnen Mieter, die eine Genossenschaft bilden werden, werden für den Detailausbau zuständig sein. Es wird keine Seniorenresidenz realisiert, sondern altersgerechte Wohnungen entstehen. Die Gemeinde wird sich nach Abschluss des Baurechtsvertrages aus dem Projekt zurückziehen und die Details dem Investor und der Genossenschaft überlassen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, das Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderates zuhanden der Stimmbevölkerung zu empfehlen. Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Botschaft unter Vorbehalt der Einsetzung der Redaktionskommission -Einfügung eines Kästchens mit zusätzlichen und klärenden Informationen - zuhanden der Stimmbevölkerung zu genehmigen.

Eintreten

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Zuerst komme ich auf das letzte Geschäft zu sprechen, in welchem meiner Meinung nach wahrscheinlich ein Formfehler passierte. Gemäss Beschlusse-

sentwurf muss den Stimmberechtigten das Stimmenverhältnis bekanntgegeben werden, mit welchem wir ihm die Botschaft empfehlen. Diese Abstimmung muss noch nachgeholt werden.

Zum vorliegenden Geschäft: Die Gemeinde Köniz will das Areal der alten Migros einer neuen Nutzung zuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind verschiedene Anpassungen notwendig: Die Änderung des Nutzungsplanes Köniz-Liebefeld sowie die Änderung des Baureglements über die Zone mit Planungspflicht (ZPP) 5/3. Die SVP-Fraktion begrüsst die Abgabe des gemeindeeigenen Areals im Baurecht sehr. Damit generiert die Gemeinde jährliche Einnahmen von ungefähr 260'000 Franken. In der genossenschaftlich orientierten neuen Wohnform sollen 45 Einheiten mit Zwei- und Dreizimmerwohnungen entstehen. Für Dienstleistung und Gewerbe sind rund 700 m² Fläche reserviert. In unseren Augen sind die Parkierungsmöglichkeiten rund um diese Gebäude noch nicht klar. Für das Gewerbe müssen unter allen Umständen ebenerdige Parkierungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Wir denken an die Errichtung von Kurzzeitparkplätzen, wie an der Schwarzenburgstrasse im Zentrum von Köniz. Dass der Neubau dem Minergiestandard entsprechen soll und die ökologischen und ökonomischen Aspekte erhöhte Anforderungen erfüllen sollen, ist in der Gemeinde Köniz mittlerweile gang und gäbe. Der Neubau wird sich problemlos ins Dorfbild integrieren lassen, zumal die neuen Bewohner von einer gut funktionierenden Infrastruktur profitieren können. Die SVP-Fraktion empfiehlt dem Parlament, das Geschäft gemäss dem Beschlussesentwurf des Gemeinderates zuhanden der Stimmbevölkerung zu empfehlen.

Herr Thomas Hänni (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion kann sich im Grossen und Ganzen dem Votum des Vorredners anschliessen und wird dem Antrag des Gemeinderates, die Botschaft der Stimmbevölkerung zu empfehlen, zustimmen. Das Geschäft wurde bereits relativ weit vorangetrieben und im Gemeindehaus haben mehrere Veranstaltungen dazu stattgefunden, welche von Interessenten für diese neuen Wohnungen rege besucht wurden. Auch ich nahm an einer solchen Veranstaltung teil, weil ein Familienmitglied sich für eine Wohnung interessierte. Beim Bekanntwerden der dafür notwendigen Mittel löste sich dieser Traum jedoch sofort in Luft auf, denn das Wohnen in diesen Räumlichkeiten wird relativ teuer zu stehen kommen. In meinen Augen sind solche Preise nur von gut bis sehr gut situierten Persönlichkeiten zu bezahlen. Mit einer einfachen AHV-Rente und einer kleinen Pension sind die Mietzinsen nicht bezahlbar.

Ich möchte einige Bemerkungen aus Sicht der KMU anbringen. Ueli Salvisberg erklärte, dass rund 700 m² für Gewerbe und Dienstleistungen reserviert seien. In der Botschaft steht unter dem Titel "Art und Mass der Nutzung geschrieben: "Verzicht auf gewerbliche und öffentliche Nutzungen. Die neuen Nutzungen sind Wohnen, Dienstleistung und Verkauf." In meinen Augen wäre es schade, an einer solch gut erschlossenen und zentrumsnahen Zone kein Gewerbe zuzulassen. In der näheren Umgebung wird sicher der eine oder andere Betrieb seinen Werkplatz verlieren, auch wenn es sich nur um Kleingewerbe handelt. Die KMU Köniz finden diesen Umstand schlecht und vonseiten des Vorstandes wurden Schritte für die Lösung des Problems eingeleitet.

Frau Claudia Egli (SP): Die Neuüberbauung soll in Bezug auf ökologische, ökonomische und soziale Aspekte erhöhte Anforderungen erfüllen. Es werde sichergestellt, dass es sich um ein gesellschaftlich, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiges Projekt handle, steht in der Botschaft geschrieben. Dies würde den in der Motion Troxler betr. Lokale Agenda 21 (0505) aufgeführten Wünschen entsprechen. Bauen gemäss Minergiestandard ist die richtige aktuelle Antwort auf die heutigen Klimadiskussionen. Den Mitgliedern der SP-Fraktion sind genau diese Punkte wichtig. Diesbezüglich gefällt uns das Projekt "AM HOF" sehr gut. Gerade letzte Woche konnte den Medien entnommen werden, dass für das Alter ab 50 Jahren die Errichtung von Neubauten an zentraler Lage, nahe beim öffentlichen Verkehr und von Einkaufsmöglichkeiten, sehr gefragt ist. Das alles bietet das vorliegende Projekt. Ebenfalls gefällt uns die Überlegung, dass die Umgebung der Wohnbauten als öffentlicher Durchgang für alle gedacht ist. Wir finden auch die Idee der Direktion Umwelt und Landschaft gut, welche im Rahmen einer zukünftigen Gestaltung des öffentlichen Raums Sägestrasse - Landorfstrasse ein "städtisches Gerinne" - ein Bächlein mit reduzierter Durchflusskapazität - realisieren will, das zu einem symbolischen, ortsspezifischen Element werden könnte. Überhaupt sind wir sehr froh, dass dieses bisher wenig erfreuliche Areal nun mit der Realisierung des Projektes verschönert werden soll. Das Ortsbild würde damit sicher aufgewertet und kann für unsere Gemeinde nur von Vorteil sein. Wir wünschen uns, dass das Provisorium beim ehemaligen Coop eine ähn-

liche Verbesserung erfährt. Dass die Parkierung überwiegend unterirdisch geregelt wird, erachten wir als wichtig. Wir sind froh, dass mit der Realisierung der Neuüberbauung nicht bis ins Jahr 2020 gewartet werden muss, denn somit können die Baurechtszinse bereits zu einem früheren Zeitpunkt generiert werden. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Gemeinde Köniz die angrenzende Parzelle 1408, nach Ablauf des Baurechts im Jahr 2020, erwerben soll. Die SP-Fraktion wünscht, dass die Redaktionskommission eingesetzt wird. Ansonsten stimmen wir dem Antrag des Gemeinderates zu.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des vorliegenden Geschäftes. Uns liegt hier eine gute Sache vor. Wir sind davon überzeugt, dass die Abgabe im Baurecht der richtige Weg ist und das geplante Projekt in allen Punkten dem Zeitgeist entspricht, vor allem in Bezug auf den Minergiestandard und dem Wunsch nach speziellem Wohnraum für das Alter ab 50. Die CVP/EVP-Fraktion wird der Änderung des Nutzungsplanes und des Baureglements gemäss dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. In den Unterlagen und in der Botschaft ist kein Hinweis auf die Regelung des Vorkaufsrechts für die Parzelle 1408 zu finden. Ich durfte erfahren, dass eine Regelung gefunden wurde, wonach die Gemeinde Köniz über das Vorkaufsrecht nach Ablauf des Baurechtsvertrages - der mit der Gemeinde bis ins Jahr 2020 besteht - verfügt. Es ist sehr befriedigend und motivierend feststellen zu dürfen, dass der Gemeinderat den Input aus den Diskussionen im Parlament und den Kommissionen aufnimmt und zu einem positiven Resultat verarbeitet. Aus meiner Sicht muss die Botschaft nicht durch die Redaktionskommission überarbeitet werden, ich empfinde sie als klar und gut dargestellt. Da die Botschaft infolge der anderen darin enthaltenen Geschäfte überarbeitet werden muss, stimme ich der Einsetzung auch zu diesem Geschäft zu. Trotz allem Optimismus habe ich dennoch bei der grossen Anzahl von Bauvorhaben in der Gemeinde Köniz, in Bern selber und rund um Bern ein etwas "komisches Gefühl im Bauch". Ich möchte den Gemeinderat dazu aufrufen, auch den Bedarf ins Auge zu fassen und nicht nur die Entwicklung und die Baurechtszinse. Leerstände und entsprechend konkursite Unternehmen werden auf lange Dauer kein gutes Resultat bringen.

Herr Urs Maibach (GB): Auch wir von den Grünen werden dem Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderates zustimmen. In unseren Augen sind vor allem folgende Aspekte positiv zu betrachten: Die Nachhaltigkeit, die Erfüllung des Minergiestandards und die Abgabe des Areals im Baurecht. Auch die Gründung einer Genossenschaft und dadurch die Übernahme der Verantwortung durch die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner selber ist in unseren Augen sehr gut. Es handelt sich hier um ein Projekt mit grossen architektonischen Qualitäten sowie mit einem innovativen und guten Nutzungskonzept. Wir sind der Meinung, dass genügend Fläche für Ateliers oder Dienstleistungsbetriebe vorhanden ist. Ebenfalls ist es in unseren Augen richtig, das Parkieren überwiegend unterirdisch zu regeln.

Die Kommunizierung der Anpassung der Zone an die neue Nutzung ist unserer Meinung nach jedoch nicht gut. Den Hauptpunkt der Vorlage bilden - wie in den beiden anderen in der Botschaft enthaltenen Vorlagen - die Änderung des Nutzungsplanes und des Baureglements, d.h. die Änderung der baurechtlichen Grundordnung. Auf Seite 12 und 13 in der Botschaft stehen einander die bestehenden und neuen Vorschriften gegenüber. Hier möchte ich als mündiger Stimmberechtigter klar und einfach die Änderungen aufgeführt haben. Vergleiche ich die beiden Seiten jedoch, steht z.B. auf Seite 12 unter Punkt 2.3 "Gebäudehöhe 11 m" geschrieben, währenddem auf Seite 13 unter Punkt 2.1 "die maximale zulässige Gebäudehöhe (OK Brüstung) beträgt a) für 4-Geschossigkeit: max. Kote 590.00 m.ü.M." aufgeführt ist. In meinen Augen ist nicht ersichtlich, welche Höhe das Gebäude effektiv haben darf. Weiter ist die Ausnützungsziffer in der alten Version unter Punkt 2.2 deutlich mit 1.0 aufgeführt, während in der neuen Version unter Punkt 2.1 eine maximale Bruttogeschossfläche (BGF) von 6'600 m² aufgeführt ist. Man wird mir sicher gleich erklären, dass diese Informationen in der Botschaft enthalten seien. Das ist richtig. Diese Informationen muss ich jedoch erstens sehr mühsam suchen und zweitens sind sie nicht vollständig. So ist z.B. die gesamte Fläche des Grundstücks nirgends in der Botschaft zu finden. Die Ausnützungsziffer ist mit "ca. 1.1" angegeben und das erscheint mir keine dienliche Angabe für eine verbindliche Nutzungsplanung zu sein. Ich bin der Ansicht, diese Angaben müssen in der neuen Nutzungsvorschrift zwingend aufgeführt sein, da dieser Teil Aufnahme ins Baureglement finden wird. Ich wünsche, dass diese Informationen in Zukunft bei Änderungen von Nutzungsplänen übersichtlich, vollständig und klar kommuniziert werden. In der vorliegenden Botschaft müssen die von mir verlangten

Informationen noch nicht enthalten sein, wenn - wie von der GPK vorgeschlagen - noch ein zusätzliches Kästchen mit den entsprechenden Informationen eingefügt wird. Grundsätzlich scheint mir dies auch eine Frage zu sein, wie Ernst der Stimmbürger oder die Stimmbürgerin mit solchen Vorgaben genommen wird. Die Überarbeitung der Botschaft durch die Redaktionskommission erscheint mir notwendig zu sein.

Ausserdem gebe ich Folgendes zu bedenken: Das vorliegende Projekt ist vor allem für ältere Mitmenschen gedacht. Dass - wie auf Seite 9 in der Botschaft aufgeführt - das Vorhandensein von Schulen erwähnt wird, entlockte mir ein leises Schmunzeln.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die mehrheitlich positive Aufnahme des Geschäftes. Wie bereits erwähnt, ist das Projekt innovativ und bedeutet eine städtebauliche Aufwertung des Areals. Es ist nachhaltig und durch den öffentlichen Verkehr bestens erschlossen. Zur Parkplatzfrage: Wie vorgesehen, werden die Parkplätze vor allem unterirdisch realisiert. Wie und wo genau die oberirdischen Parkplätze erstellt werden, wird erst anlässlich der Detailplanung klar sein. In meinen Augen ist bei einem solch gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossenen Areal die Erstellung von vielen oberirdischen Parkplätzen nicht notwendig. Zum Thema Verzicht auf gewerbliche Nutzung: Hierzu wurde von der KMU Köniz eine Einsprache eingereicht. Man erklärt sich nicht damit einverstanden, dass lediglich Wohnnutzung, Dienstleistung sowie nicht kundenintensive Verkaufsnutzung in der ZPP enthalten sind. Das Projekt ist jedoch vor allem für die Wohnnutzung vorgesehen und es erschiene nicht richtig, wenn sich z.B. ein Sanitärinstallations-Geschäft oder eine Schreinerei auf dem Areal einmieten würden. Deshalb ist eine "nicht kundenintensive Verkaufsnutzung" vorgesehen. Zur von Urs Maibach geäusserten Kritik betreffend der Angabe von Koten und Bruttogeschossflächen auf Seite 13 in der Botschaft: Die Angabe der Bruttogeschossfläche ist entscheidend für die Höhe des Baurechtszinses. Die Planungsabteilung kann mit der Angabe von maximalen Koten in Metern ü.M. und der maximalen Bruttogeschossfläche im Nutzungsplan bessere Kontrollen im Vollzug vornehmen. Aus dieser Erfahrung heraus werden diese Angaben in den Nutzungsplänen aufgeführt. Das soll jedoch nicht daran hindern, das von der GPK und von der GB/GFL-Fraktion verlangte Kästchen in der Botschaft als zusätzliche Information für die Stimmberechtigten einzufügen. Zum Thema Schulen: Die vorgesehene Genossenschaft muss nicht zwingend nur aus älteren Personen ab 50 Jahren bestehen. Es können auch jüngere Personen mittun. Das hat Frau Gatti, welche die Genossenschaft ins Leben rufen wird, erklärt. Es können demnach durchaus auch Familien Genossenschaftsmitglieder werden. Noch kurz zu den zwei eingegangenen Einsprachen: Über jene von der KMU Köniz habe ich mich bereits geäussert. Die zweite wurde von der BLS eingereicht. Es handelt sich hier um eine so genannte Rechtsverwahrung. Wenn ein Bau nahe am Bahngeleise gebaut wird, verwahrt sich die BLS somit vor etwaigen Schäden infolge von Bahnemissionen, d.h. Lärm, Erschütterungen, Flugrost usw.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bin sehr glücklich über die allgemein positive Aufnahme des Geschäftes. Das von uns zur Anwendung gekommene Verfahren, mit welchem wir die Architekten dazu verpflichteten, die Investoren gleich mit ins Boot zu holen, ist wirklich unkonventionell. Mit diesem Verfahren konnte ein wirklich schönes Projekt mit einer ausgezeichneten Architektur generiert werden, das eine sehr sorgfältige städtebauliche Einbettung in die Umgebung beinhaltet und eine Aufwertung des Areals bedeutet. Das Projekt kann als innovativ bezeichnet werden. Es nimmt neue Trends im Bereich des urbanen Lebens auf und ist für mich gleichzeitig eine Antwort auf die Frage und die Bedenken von Rolf Zwahlen bezüglich Marktentwicklung im Wohnungssektor. Natürlich beobachtet auch der Gemeinderat diese Entwicklungen. Wir haben uns in den Legislaturzielen jedoch für ein moderates Wachstum entschieden. Die Agglomerationsgemeinden haben in diesem zunehmend umkämpfteren Markt noch gewisse Chancen. Wir überlassen den Entscheid letztlich den Investoren. Durch die demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft ist das Interesse für das Segment "Wohnen 50+" gross. Wir nehmen hier ein Modell auf, das in der Schweiz Schule machen könnte und positionieren uns als innovative Gemeinde. Im Projektteam waren Vertreter der Immobilienberatungsfirma Wüest & Partner einbezogen. Diese Firma ist ein Marktleader im Bereich von Standortmarktanalysen im Wohnungsbau.

Ich danke dem Berichterstatter der GPK für seine objektive und gute Berichterstattung, möchte hier jedoch präzisieren, dass die GVB **voraussichtliche**, jedoch noch nicht definitive Investorin ist. Ich erwähne dies, damit entsprechende Rückfragen vermieden werden können,

sollte die GVB wider Erwarten nicht investieren.

Zur vertraglichen Konstellanz kann ich bekanntgeben, dass wir vom Grundsatz her den Durchbruch geschafft haben. Es geht um die Realisierung folgender Ziele: Wir wollten die Realisierung des Projektes in einem Zug, d.h. auch auf der Parzelle 1408. Das ist wichtig, weil sonst die "Hinterhofsituation" mit den nicht sehr ansehnlichen Gebäuden noch bis ins Jahr 2020 bestehen bliebe. Das erste Ziel unserer Projektentwicklung war deshalb, diese Bauten so rasch als möglich zu ersetzen. Als zweites Ziel war es wichtig, das Kaufrecht für die Parzelle 1408 nach Ablauf des Baurechts im Jahr 2020 zu erwerben. Schliesslich ist es aus Sicht eines Investors wichtig, über das Jahr 2020 hinaus für diese Parzelle eine Absicherung vorliegend zu haben. Hier einige Erklärungen zur Vorgeschichte: Die Migros sah vor, auf der Parzelle 963 einen Neubau zu realisieren, der schliesslich aus verschiedenen Gründen nicht dort, sondern auf der anderen Seite der Bahnlinie im Bläuacker erstellt wurde. Im Jahr 2001 übernahm die Gemeinde die Grundstücke von der Migros und trat in die bestehenden Baurechtsverträge ein, was für die Parzelle 1408 ein Baurecht bis ins Jahr 2020 beinhaltet, sowie ein Vorkaufs- und Kaufrecht zugunsten der Gemeinde Köniz. Das Kaufrecht ist dahingehend geregelt, dass der Besitzer der Parzelle 1408 verlangen kann, dass die Kaufrechtsberechtigte das Kaufrecht ausübt. Die Angelegenheit wurde juristisch so gelöst, dass die Gemeinde Köniz das Baurecht auf den Investor überträgt. Das Kaufrecht wurde aus dem Vertrag herausgelöst und separat vereinbart, damit die Gemeinde Köniz beim Ablauf des Baurechts im Jahr 2020 - es ist nun aus rechtlichen Überlegungen etwas früher - das Kaufrecht ausüben und sich somit das Eigentum für diese Parzelle sichern kann. Dem muss der Baurechtsgeber der Parzelle 1408 zustimmen. Mit dem Eigentümer der Parzelle sind die entsprechenden Verträge - Zustimmung zur Übertragung des Baurechts an den Investor und die Neuaushandlung des Kaufrechtes direkt mit der Gemeinde - letzte Woche beim Notar unterschrieben worden. Ich habe heute von den Investoren Bericht erhalten, dass sie grundsätzlich mit dieser juristischen Konstruktion einverstanden sind. Der Rechtsvertreter der Generalunternehmung Senn BPM AG schrieb mir, dass er überzeugt sei, mit dem nun vorliegenden Konzept könne das Projekt "AM HOF" erfolgreich realisiert werden. Auch vom juristischen Vertreter der GVB haben wir Signale, dass die juristische Konstruktion für die GVB so in Ordnung ist. Nun geht es um die Umgiessung in Verträge, und es können hier noch formaljuristische Fragen auftauchen. Ich bin jedoch der Meinung, dass das Projekt mit fast an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gelingen wird. Verträge sind jedoch erst dann abgeschlossen, wenn sie auch unterschrieben sind. Im Fall des Besitzers der Parzelle 1408 sind diese unterschrieben. Die Verträge mit den beiden Investoren sind noch nicht abgeschlossen, ich verfüge jedoch über die grundsätzliche Zustimmung der beiden Rechtsvertreter.

Detailberatung

Seite 2 der Botschaft

Herr Thomas Hänni (FDP): Ich habe eine Frage betreffend Mitwirkungsverfahren in der Zeit von Dezember 2006 bis Januar 2007. Ist es üblich, solche Mitwirkungsverfahren über das Jahresende vorzunehmen? Mir scheint, dass nur vier Eingaben für ein solches Projekt doch recht wenig sind.

Der Parlamentspräsident: Ich erkläre, dass sich auf Seite 11 der Botschaft ein kleiner Fehler eingeschlichen hat: Unter Punkt 1 der Beschlüsse ist die BR-Parzelle mit 9286 angegeben. Richtig wäre jedoch 9236. Das wird noch korrigiert.

Seiten 3 - 13 der Botschaft

Herr Thomas Hänni (FDP): Der Gemeindepräsident Luc Mentha erklärte, nach Ablauf des Baurechtsvertrages im Jahr 2020 könne das Land erworben werden und das Baurecht werde dann vom Investor übernommen. Bis ins Jahr 2020 wird das Areal erheblich an Wert gewinnen. Wurde dieser Preis festgelegt oder wird das Land zum dannzumaligen Wert gekauft? In der Botschaft steht auf Seite 9, Vorprüfung: "Der kantonale Vorprüfungsbericht beurteilte die vorgeschlagenen Änderungen als recht- und zweckmässig und stellte deren Genehmigung in Aussicht." Sind die vorgeschlagenen Änderungen vom AGR nun genehmigt oder lediglich in Aussicht gestellt?

Der Parlamentspräsident: Auf Seite 10 steht folgender Satz geschrieben: "Das Projekt wird als Gesamtvorhaben nach Art. 93 c der kantonalen Bauverordnung behandelt...". Richtig

müsste dort stehen "... nach Art. 93 c des kantonalen Baugesetzes....". Dies wird entsprechend korrigiert.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich beantworte die Frage von Thomas Hänni betreffend dem Wert des Areals: Im Grundvertrag, der aus dem Baurechtsvertrag vom Jahr 2001 herausgelöst wurde, ist festgehalten, dass der Verkehrswert massgebend ist. Wenn sich die Parteien nicht auf den Verkehrswert einigen können, wird dieser durch ein Schiedsgericht festgelegt.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Betreffend der Frage zur öffentlichen Mitwirkung während der Monate Dezember 2006 und Januar 2007 antworte ich Folgendes: An sich werden während dieser Zeit keine öffentlichen Mitwirkungsverfahren vorgenommen. Hier standen wir jedoch unter grossem Zeitdruck, weil wir über die Vorlage am 17. Juni 2007 abstimmen lassen wollen, da im Jahr 2007 sonst keine Abstimmungen mehr vorgesehen sind. Aus diesem Grund sind wir die Anstösser der Parzellen zum Auftakt der öffentlichen Mitwirkung persönlich angegangen, sowie Vereine und die KMU. Betreffend der Frage zum Vorprüfungsbericht: Entweder stellt das AGR die Zustimmung in Aussicht - wie im vorliegenden Fall - oder hat einen Genehmigungsvorbehalt. Die definitive Genehmigung des AGR erfolgt erst nach der Volksabstimmung auf Antrag des Gemeinderates.

Seite 13 der Botschaft

Herr Thomas Hänni (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion stellt unter "Verschiedene Bestimmungen" zu Punkt 4.2, "die Parkierung ist überwiegend unterirdisch anzuordnen", Antrag für folgende Ergänzung: "Es sind genügend oberirdische Parkplätze für Dienstleistungen und Verkaufsnutzungen zur Verfügung zu stellen." Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer erklärte, es sei nicht klar, ob oberirdische Parkplätze vorgesehen seien. Das sei Sache der Planung. Wir möchten jedoch sicherstellen, dass oberirdische Parkplätze realisiert werden, damit der Kundschaft Kurzzeitparkplätze zur Verfügung stehen.

Der Parlamentspräsident: Kann das Parlament mittels Antrag eine Änderung des Baureglementes vornehmen lassen?

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Wenn mit diesem Antrag das Baureglement geändert wird, muss es öffentlich neu aufgelegt und publiziert werden. Ich verstehe das Anliegen von Thomas Hänni. In der ZPP steht jedoch explizit geschrieben, dass die Parkplätze überwiegend unterirdisch anzuordnen ist, d.h. es werden sicher einige oberirdische Parkplätze realisiert.

Herr Thomas Hänni (FDP): Wir ziehen den Antrag zurück.

Mit 36 : 0 Stimmen (Ziffer 1) und einstimmig (Ziffer 2) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *1.1 Der Abgabe des Areals alte Migros (Parzelle Köniz - Nr. 963) im Baurecht (Vorvertrag) resp. in Form einer gewöhnlichen Dienstbarkeit oder eines anderen Vertrages (BR-Parzelle 9236) zu einem Baurechtszins von total rund CHF 264'000.00 pro Jahr an die Senn BPM AG wird zugestimmt.*
 - 1.2. *Der Änderung des Nutzungsplanes Teilgebiet Köniz-Liebefeld und des Baureglementes über die Zone mit Planungspflicht (ZPP) 'Am Hof' Nr. 5/3 wird zugestimmt*
 - 1.3 *Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird insbesondere ermächtigt, alle Folgeverträge aus diesem Geschäft (z.B. Abschluss des definitiven Baurechtsvertrages, Begründung von Unterbaurechten, Stockwerkeigentum, Parzellierungen) abzuschliessen sowie kleinere Änderungen materieller und formeller Art in eigener Kompetenz vorzunehmen.*
2. *Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten, unter Vorbehalt der Überarbeitung durch die Redaktionskommission.*

Der Parlamentspräsident: Ich komme auf die Anmerkung von Ueli Salvisberg zur Abstimmung über die Botschaft betreffend Seniorenresidenz Schloss-Strasse zu sprechen. Rein formal hat er Recht und somit führen wir diese Abstimmung nachträglich durch. Ich bitte den Gemeinderat jedoch, dem Parlament solche Vorlagen konsequent vorzulegen, denn zu den Geschäften 2 (Plattenweg Schliern) und 5 (Köniz, Areal alte Migros) mussten die Stimmen für

die Empfehlung der Botschaft an die Stimmberechtigten nicht ausgezählt werden.

Die nachträgliche Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis: *Mit 31 zu 0 Stimmen genehmigt das Parlament die Botschaft an die Stimmberechtigten, unter Vorbehalt der Überarbeitung durch die Redaktionskommission.*

Die Sitzung wird von 20.50 Uhr - 21.00 Uhr unterbrochen.

5. Initiative 5 statt 7, Kronprinzeninitiative, Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission

Wahl einer nichtständigen Kommission

Herr Christian Burren (parteilos): Ich gebe an dieser Stelle keinen Wahlvorschlag ab, sondern stelle Antrag, die Beratung dieser beiden Initiativen der Kommission K2005 zu übergeben. Nicht unlängst haben wir um die Besetzung der ominösen Kommission K2005 gerungen. Die Kommission wurde nach den Wahlen von Parlament und Gemeinderat im November 2005 im Januar 2006 den neuen Gegebenheiten angepasst. Der Auftrag der Kommission K2005 beinhaltet einen gewissen Teil Verwaltungsreorganisation. Es ist richtig, dass der Gemeinderat die Anliegen der beiden vorliegenden Initiativen durch eine parlamentarische Kommission beraten lassen will. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Anliegen zu. Ich persönlich habe jedoch keine grosse Freude an der Bildung neuer Kommissionen für Anliegen, die an und für sich von einer bereits bestehenden beraten werden könnten. Die K2005 hat in unseren Augen die Kapazität, diese Initiativen zu bearbeiten. Deshalb beantragt die SVP-Fraktion, den Auftrag an die Kommission K2005 zu übergeben.

Herr Hugo Staub (SP): Es gab Phasen, in welchen die Kommission K2005 - deren Mitglied ich bin - nicht sehr viele Aufgaben zu bewältigen hatte. Vor uns liegt jedoch eine arbeitsintensive Phase, denn mit der Beratung der IAFP (Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung) wird allerhand zu erledigen sein. Mit dieser Mehrbelastung könnte der Zeitplan für die Erledigung der eigentlichen Aufgaben der Kommission K2005 in Verzug geraten. Deshalb sind wir der Meinung, dass für die Beratung der vorliegenden Initiativen eine separate Kommission gebildet werden muss. Wir haben bereits bei der neuen Wahl der Mitglieder für die Kommission K2005 im Januar 2006 des Langen und Breiten diskutiert, dass deren Auftrag am Ausufern ist. Für die effiziente Bearbeitung aller anstehenden Anliegen sind in unseren Augen deshalb zwei Kommissionen notwendig.

Herr Mark Stucki (FDP): Die Kommission K2005 - deren Mitglied auch ich bin - arbeitet ausgezeichnet. Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich nach meiner Meinung um einen Legislatorschwerpunkt. Da der vorliegende Auftrag nicht ursprünglicher Bestandteil der Aufgaben der Kommission K2005 war, ist es - auch wenn man kein Freund von immer neuen Kommissionen ist - durchaus legitim für die Beratung der beiden Initiativen eine Spezialkommission einzusetzen. Es ist kein Geheimnis - Hugo Staub wollte dieses Thema nicht ansprechen -, dass einige Parteien mit der personellen Vertretung in dieser Kommission parteipolitisch ein Problem haben könnten. Unsere Fraktion stimmt der Einsetzung einer Spezialkommission zu.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Der Gemeinderat stellte sich ebenfalls die Frage, ob diese Aufgabe der Kommission K2005 übergeben werden könne. Nach einigen Beratungen einigten wir uns jedoch auf die Einsetzung einer Spezialkommission für die Behandlung der vorliegenden Initiativen. Ich bin - wie Hugo Staub - der Meinung, dass die Kommission K2005 mit der Bearbeitung der IAFP viele Aufgaben zu erfüllen hat. Sie muss ein 80 Seiten umfassendes Modell beraten, das anschliessend im Budgetverfahren - d.h. mit Zahlen - nochmals beraten werden muss. Wir sollten Sorge dafür tragen, dass die K2005 ihren eigentlichen Auftrag zu Ende beraten kann. Wenn man dieser Kommission immer wieder neue Aufgaben übertragen will, muss man sich überlegen, aus der nichtständigen eine ständige Kommission zu bilden, deren Auftrag es ist, Verwaltungsreorganisationen und allfällige weitere Projekte in diesem Umfeld stetig zu begleiten. Solche Anliegen werden immer wieder zu beraten sein.

Der Antrag der SVP-Fraktion, die Beratung der beiden Initiativen der Kommission K2005 zu übertragen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Herr Hugo Staub (SP): Dass wir die Bildung einer separaten Kommission für die Beratung

der vorliegenden Initiativen bevorzugen, hat keinen Zusammenhang mit dem Präsidium der Kommission K2005. Ich möchte hier ausdrücklich erklären, dass hervorragende Arbeit geleistet wird.

Wir schlagen Ihnen vonseiten der SP folgende Parlamentsmitglieder zur Wahl in die Spezialkommission vor: Anna Mäder, Martin Graber, Christoph Salzmann und Hugo Staub. Zugleich schlage ich vor, Anna Mäder zur Präsidentin dieser Kommission zu wählen. Wir sind überzeugt, dass sie mit ihrer Erfahrung im Führen von Verhandlungen und mit ihrer Besonnenheit für dieses Amt geeignet ist.

Herr Hermann Gysel (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion schlägt Ihnen Rolf Zwahlen als Mitglied der Spezialkommission vor.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen die beiden Mitglieder der Kommission K2005, Christian Burren und Daniel Krebs als Mitglieder für die neue Kommission vor.

Herr Mark Stucki (FDP): Wir schlagen Ihnen Bernhard Bichsel (jfk) - welcher im Initiativkomitee der Initiative 5 statt 7 Einsitz hatte -, Harald Henggi und Thomas Herren als Mitglieder für die Spezialkommission vor.

Frau Ursula Wyss (GFL): Die Grünen schlagen Ihnen Hansueli Pestalozzi - Co-Präsident der Kronprinzeninitiative - als Mitglied der Spezialkommission vor.

Der Parlamentspräsident: Die elf vorgeschlagenen Personen, Anna Mäder, Martin Graber, Christoph Salzmann, Hugo Staub, Rolf Zwahlen, Christian Burren, Daniel Krebs, Bernhard Bichsel, Harald Henggi, Thomas Herren und Hansueli Pestalozzi werden als Mitglieder für die nichtständige parlamentarische Kommission betreffend der Beratung der Initiative 5 statt 7 und der Kronprinzeninitiative gewählt. Zur Präsidentin der Kommission wird Anna Mäder gewählt. Ich wünsche den Mitgliedern der Spezialkommission viel Erfolg.

6. Dringliche Motion Mitte Fraktion betr. Alterskonferenz der Gemeinde Köniz

Beantwortung 0631; Direktion Bildung und Soziales

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der vorliegenden Motion und insbesondere dafür, dass die Beantwortung noch vor der Hauptversammlung des Vereins Alterskonferenz vorliegt. Leider bin ich von der Antwort des Gemeinderates enttäuscht, weil daraus klar hervorgeht, dass man offensichtlich nicht Willens ist, die bis anhin geleistete und gute Arbeit der Alterskonferenz zu würdigen. Der Bericht der Alterskonferenz wird nach wie vor nicht kommentiert. Man ist offensichtlich auch nicht Willens, dass die Alterskonferenz wie bis anhin weitergeführt werden kann. Erlauben Sie mir, kurz auf die Antwort des Gemeinderates einzugehen und einige Bemerkungen anzubringen.

Ich beginne mit dem Formellen: Der Antrag des Gemeinderates, die Motion zuerst in ein Postulat umzuwandeln und dieses dann abzulehnen, ist nicht reglementsgerecht. Das ist jedoch ein Detail, das formaljuristisch abzuklären sein wird. Die Aussage, dass die Motion nicht motionsfähig sei, weil sie inhaltlich einen Bereich betreffe, der ausschliesslich in der Kompetenz des Gemeinderates liege, halte ich ebenfalls für falsch. Gemäss Art. 16 des kantonalen Sozialhilfegesetzes könnte diese Angelegenheit durchaus in der Kompetenz des Parlamentes liegen. Ich erkläre mich trotzdem mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden, jedoch nicht mit der Ablehnung. Woher der Gemeinderat die Annahme nimmt, es gehe den Motionären um die Gründung eines Altersparlamentes, ist mir schleierhaft. Im Motionstext fand ich keinen Hinweis in diese Richtung.

Zum Inhalt: Die Motion fordert den Gemeinderat lediglich dazu auf, seine weitere Alterspolitik darzulegen. Mit der klaren Ablehnung der Motion gibt er zwischen den Zeilen deutlich zum Ausdruck, dass wir ihm nicht "dreinreden" sollen. Die bisherige Alterskonferenz gab 15 - gute - Empfehlungen zur Alterspolitik ab, die bis heute unkommentiert blieben. Mit der Ablehnung der Motion - die voraussichtlich in ein Postulat umgewandelt wird - würden diese 15 Empfehlungen wahrscheinlich weiterhin gemütlich in irgendeiner Schublade ruhen. Schade um die geleistete Arbeit. Die dringliche Motion verlangt, dass die weitere Entwicklung der Alterspolitik aufgezeigt werden soll. Auch dazu kann ich der gemeinderätlichen Antwort nur wenig Konkretes entnehmen. Ich zitiere: "Ungeachtet des Entscheides der Hauptversammlung soll die Alters- und Gesundheitskonferenz unter der Leitung der zuständigen Direktion im Sinne eines

Fachgremiums weitergeführt werden." Mit dieser Antwort bin ich so klug als wie zuvor. Mir ist bewusst, dass die Motion für den Gemeinderat nicht erfreulich ist, da sich das Parlament hier einbringen und - aus seiner Sicht gut laufendes - Bestehendes erhalten will. Das Parlament muss sich gut überlegen, ob es in diesem Bereich der Haltung des Gemeinderates wirklich folgen und die gute und wichtige Institution begraben will, bevor bekannt ist, wie es weitergehen soll. Einige letzte Argumente mögen Sie davon überzeugen: Die Alterskonferenz leistete bisher gute Arbeit und ist ein schönes Beispiel für das Funktionieren einer Public Private Partnership (PPP). An einer solch gut funktionierenden Partnerschaft müssten eigentlich alle - von bürgerlich bis linksgrün - Freude haben. Für bisher verhältnismässig wenig Geld wird eine effiziente und vor allem soziale Alterspolitik betrieben. Im Bereich Jugend- und Kinderbetreuung hat sich die Gemeinde Köniz in letzter Zeit immer wieder - völlig zu Recht - gelobt, wie viel Gutes dank Partnerschaften geleistet werde. Als kleines Beispiel weise ich auf die Partnerschaft mit der Swisscom bezüglich der Kindertagesstätte futura hin. Es gehört jedoch auch zu den Aufgaben einer attraktiven Gemeinde, im Bereich Alter gute Lösungen und vor allem gute Partnerschaften zu fördern. Wir fordern in der Motion einen Bericht des Gemeinderates über die Zukunft der Alterspolitik. Aus diesem Bericht können dann die entsprechenden Schlüsse gezogen werden. Wenn die vorliegende Motion heute - so hoffe ich - als Postulat überwiesen wird, möchte ich den Gemeinderat bitten, dem Parlament diesen Bericht bis Ende Oktober 2007 vorzulegen, damit anlässlich der Budgetdebatte korrekt und unter Vorliegen aller Fakten entschieden werden kann, ob und vor allem in welcher Form die Alterskonferenz weitergeführt werden soll. Es geht hier - ich betone das ausdrücklich - nicht um die nach wie vor vorgesehenen 12'500 Franken im Budget, sondern um die Alterspolitik. Wenn dieser Betrag im nächsten Budget aufgrund vorliegender Fakten gestrichen werden kann, ist das dannzumal wahrscheinlich der richtige Entscheid. Dies je nach dem, wie der Bericht ausfallen wird.

Lernen wir aus der Geschichte und warten das Vorliegen der Fakten ab, damit wir in Kenntnis der zukünftigen Entwicklung entscheiden können. Mit der Unterstützung der Motion als Postulat wird ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, dass auch hier die Fakten auf dem Tisch liegen und die Gemeinde Köniz weiterhin eine gute und vor allem breit abgestützte Alterspolitik betreiben kann. Für das Alter wird momentan in Köniz sehr Vieles realisiert, an welchem auch Private beteiligt sind. Es ist wichtig, dass Privatpersonen zusammen mit Gemeindevertretern an einem Tisch die Alterspolitik diskutieren und bestimmen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Valentin Lagger, wir gehen sicher in dem Punkt einig, dass sich der Gemeinderat wie auch das Parlament aktiv für die Alterspolitik und das Altern in Köniz einsetzen. Das werden wir auch in Zukunft tun. Die Seniorinnen und Senioren haben in Köniz Anrecht auf eine würdige Alterspolitik. Wir liessen die Motionsfähigkeit des vorliegenden Vorstosses durch den Rechtsdienst abklären und erhielten folgende Antwort: Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschluss oder einen Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Es sind - gemäss Geschäftsreglement des Parlamentes Art. 53 - nur Gegenstände zulässig, welche nicht in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegen. Die Alterskonferenz Köniz ist ein privatrechtlicher Verein. Gründung und Auflösung richten sich nach den Vorgaben des ZGB. Soweit der Gemeinderat überhaupt auf die Auflösung Einfluss nehmen kann, ist ausschliesslich er zuständig. In der Motion wird darauf hingewiesen, dass nicht die Erarbeitung einer Parlamentsvorlage verlangt wird, sondern ein Tätigwerden im Gemeinderat. Lediglich der Umstand, dass im Budget jeweils ein Beitrag an die Alterskonferenz enthalten ist, reicht nicht, damit dem Parlament in diesem Bereich die Kompetenz übertragen wird. Valentin Lagger, die Alterskonferenz hat sehr gute Arbeit geleistet. Ich bin seit zwei Jahren - als Nachfolger meines Vaters, Stefan Lagger - Präsident der Alterskonferenz. Ich werde sicher nicht erklären, dass wir schlechte Arbeit geleistet haben. Der von dir mehrmals erwähnte Bericht liegt noch nicht vor und ich kann heute keine Zusicherung abgeben, dass er bis Oktober 2007 - wie von dir verlangt - vorliegen wird. Zudem muss ich sagen, dass die Alterskonferenz noch nicht aufgelöst ist. Diesen Entscheid wird der Verein anlässlich seiner Hauptversammlung fällen. Die Kerngruppe - ein Ausschuss der Alterskonferenz - hat beschlossen, dem Verein Alterskonferenz die Auflösung vorzuschlagen. Wir respektieren das Vereinsrecht. Es sind jedoch auch andere Möglichkeiten als die Auflösung der Alterskonferenz möglich.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Auch die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Alterskonferenz

gute Arbeit leistet. Als - wahrscheinlich einziges - Vereinsmitglied unter den Anwesenden durfte ich das stets wieder feststellen. Die Alterskonferenz wurde, auf Initiative des damaligen Gemeinderates Daniel Pauli hin, Ende 1998 gegründet. Sinn und Zweck waren einerseits die Koordination aller Einrichtungen, die sich in der Gemeinde Köniz mit Altersfragen befassen; andererseits aber auch die Schaffung einer Plattform, welche die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren sammelt und diskutiert. Die SP-Fraktion sieht ein, dass die Alterskonferenz nicht mehr in der bestehenden Form weiter existieren soll. Die Zusammenarbeit zwischen der Direktion Bildung und Soziales und der Kerngruppe der Alterskonferenz klappt nicht mehr. Es macht keinen grossen Sinn, eine Organisation aufrechtzuerhalten, wenn die Zusammenarbeit nicht mehr funktioniert. Die Ziele bleiben jedoch bestehen und sind nach wie vor wichtig, nur der Weg und die Methode ändern sich. Unserer Meinung nach ist weiterhin eine Alters- und Gesundheitskonferenz mit allen dazugehörigen Institutionen als Fachgremium unter der Leitung der Direktion Bildung und Soziales notwendig, wie es in der Motionsbeantwortung des Gemeinderates vorgeschlagen wird. Es braucht jedoch auch ein Forum bestehend aus aktiven Seniorinnen und Senioren. Das könnten z.B. die Mitglieder des jetzigen Vereins Alterskonferenz sein sowie neue Personen. Der Verein Alterskonferenz muss nicht - wie von Gemeinderat Ueli Studer eben gehört - aufgelöst werden, vielleicht wünschen die Mitglieder dessen Fortbestand. Als Mitglied werde ich mich - je nach Vorschlag - an der Mitgliederversammlung für einen Fortbestand stark machen. Der Verein Alterskonferenz wird sicher ohne Geschäftsstelle weiter existieren müssen und muss aus diesem Grund seine Statuten ändern. Diese Diskussionen sind jedoch an der Mitgliederversammlung zu führen.

Die Kerngruppe der Alterskonferenz erstellte vor zwei Jahren einen Bericht zur Altersplanung 2015 mit vielen interessanten Ergebnissen und vor allem mit 15 Empfehlungen. Der Bericht wurde allen Parlamentsmitgliedern ausgehändigt. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort auf die Motion, er werde diese Empfehlungen aufnehmen und im Rahmen der Überarbeitung des Konzeptes "Altern in Köniz" prüfen und in die Planung einfließen lassen. Wir sind sehr erfreut über diese Absichten, und auch darüber, dass der Gemeinderat das Konzept zum Direktionsziel für das Jahr 2007 erklärt und dem Parlament noch dieses Jahr zur Kenntnis bringen will. Das hindert uns jedoch nicht daran, unser Befremden zu äussern, dass es mehr als zwei Jahre dauern wird, bis auf die Empfehlungen eingegangen wird. Zum vierten Mal: Die Kerngruppe Alterskonferenz hat gute Arbeit geleistet und legt wichtige, notwendige Vorschläge auf den Tisch.

Die SP-Fraktion kann sich jedoch eine kritische Bemerkung zum Vorgehen von Valentin Lagger nicht verkneifen. Am 12. Dezember 2006 fand die Budgetdebatte statt. Valentin Lagger kämpfte an vorderster Front für die Rückweisung des Voranschlages 2007 und forderte zu noch vermehrtem Sparen auf. In der Detailberatung hat er sich jedoch nicht gemeldet und stellte keinen Antrag für die Sicherstellung der Mittel für die Alterskonferenz. Am gleichen Abend wurde jedoch die vorliegende Motion eingereicht. Das scheint uns - gelinde ausgedrückt - ein befremdliches Vorgehen zu sein. Ich komme zum Schluss: Die SP-Fraktion stimmt der Umwandlung der Motion in ein Postulat zu. Wir stimmen jedoch gegen die Abschreibung. Dies bis zum Vorliegen des vom Gemeinderat versprochenen Konzeptes.

Frau Ursula Wyss (GFL): Wie Ihnen bekannt ist, bin ich Mitglied der Kommission für soziale Fragen (KSF). Ende November haben wir anlässlich der Budget- und Finanzsanierungsdebatte das Thema Alterskonferenz in der KSF intensiv diskutiert. Frau Koshy, die Präsidentin des Vereins Alterskonferenz war an dieser Sitzung anwesend und stand uns Red und Antwort, wie auch Gemeinderat Ueli Studer. Gemäss dem neuen kantonalen Sozialhilfegesetz übernahm der Kanton die strategischen Aufgaben von den Gemeinden. Damit fällt ein grosser Teil der Aufgaben der Alterskonferenz weg. Das heisst, sie muss neu ausgerichtet werden. Aus meiner Sicht soll in diesem Bereich die immer wichtiger werdende Freiwilligenarbeit in den Vordergrund treten. Die Freiwilligenarbeit ist eines der Legislaturziele des Gemeinderates. Gemeinderat Ueli Studer hat sich hiezu bereits Gedanken gemacht. Er will zu diesem Thema in seiner Direktion eine Art Dachorganisation aufbauen. In diese Dachorganisation könnte die Alterskonferenz als Fachgremium integriert werden. So stünden der Gemeinde weiterhin Altersfachleute zur Verfügung, die jedoch besser vernetzt wären, nicht zuletzt auch mit dem Kanton. Eine eigene Geschäftsstelle wäre somit nicht mehr notwendig und die operativen Aufgaben könnten durch die Gemeindeverwaltung übernommen werden. Die Alterskonferenz in der heutigen Form zu behalten - wie von den Motionären erwünscht - macht aus all den

genannten Gründen keinen Sinn. Es macht auch keinen Sinn, einen weiteren Bericht zu verlangen. Die Direktion Bildung und Soziales ist am Erstellen eines Alterskonzeptes, das uns bis Ende Jahr vorliegen sollte. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Herr Hans Moser (SVP): Ich erkläre zum x-ten Mal, dass die Alterskonferenz gute Arbeit geleistet hat, gebe jedoch gleichzeitig die Begründung der SVP-Fraktion für die Auflösung der Alterskonferenz bekannt. Gemäss dem neuen Sozialhilfegesetz (SHG), das per 1. Januar 2005 in Kraft ist, können für die Alterskonferenz keine Mittel mehr vom Kanton generiert werden. Im Jahr 2006 haben wir diese Mittel infolge Verzögerungen noch erhalten, ab 2007 müssten diese Ausgaben durch die Gemeinde selber bestritten werden. Es handelt sich hier um Beiträge für die Geschäftsführung der Alterskonferenz. Wichtig ist jedoch, dass die Anliegen der älteren Menschen Ernst genommen werden und von Gemeinderat und Parlament unterstützt werden. Wir wollen nicht nur für gut verdienende ältere Menschen attraktiv sein, sondern auch für jene, die mit ihren Mitteln sparsam umgehen müssen. Die SVP will sich auf dem politischen Weg für die Anliegen der älteren Bewohner in der Gemeinde Köniz stark machen. Dazu ist jedoch nicht unbedingt die Alterskonferenz notwendig. Man kann diese Anliegen auch via Altersheimverein oder Spitex im Gemeinderat oder im Parlament anbringen. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion der Umwandlung der Motion in ein Postulat und dessen Ablehnung zustimmen.

Herr Valentin Lagger (CVP): Gemeinderat Ueli Studer hat sehr eindrücklich begründet, weshalb die Motion in ein Postulat umgewandelt werden muss. Zum Inhalt: Hier reagiere ich auf die Aussage von Elsbeth Troxler in Bezug auf die Budgetdebatte. Es geht nicht ums Geld. Es geht darum, dass zuerst bekannt ist, was gemacht wird und aufgrund dessen wird entschieden wie. Erst danach kann über die dazu notwendigen Mittel gesprochen werden. Die Alterskonferenz müsste - wie Elsbeth Troxer erwähnt hat - leicht modifiziert ohne Geschäftsstelle weitergeführt werden. Hätte ich anlässlich der Budgetdebatte im Dezember 2006 gesagt, der Betrag von 12'500 Franken sei für die Alterskonferenz aufrechtzuerhalten, wäre mir zu Recht die Frage gestellt worden, was mit diesen Mitteln gemacht werden soll. In diesem Sinn bin ich nach wie vor der Meinung, dass der Bericht bis Ende Jahr - idealerweise vor der Budgetdebatte - vorliegen soll und danach kann aufgrund der dannzumal vorliegenden Fakten entschieden werden, wie es weitergehen soll. Selbstverständlich ist die Alterskonferenz ein mündiger Verein, der selber über sein Fortgehen entscheiden kann.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Elsbeth Troxler, auch ich bin Mitglied der Alterskonferenz, sogar deren Präsident. Die Alterskonferenz verfügte über einen Leistungsvertrag mit der Gemeinde Köniz, worin genau jene Punkte enthalten waren, welche heute durch das neue kantonale Sozialhilfegesetz abgedeckt werden. Wenn die Steuerung über den Kanton läuft, ist in der Gemeinde Köniz kein Organ mehr notwendig, das in die gleiche Richtung stösst. Übrigens, Elsbeth Troxler, weiss ich nicht, woher du deine Gründe für die Kritik genommen hast, dass die Zusammenarbeit zwischen Kerngruppe und Verwaltung nicht mehr klappe. In meinen Augen haben wir jeweils gut zusammengearbeitet. Es ist in unseren Augen nicht notwendig, dass sich ein Organ der Gemeinde Köniz seine Aufträge und somit seine Berechtigung suchen muss. Die Zusammenarbeit muss neu strukturiert werden. An der Erarbeitung dieser Grundlagen sind wir momentan. Wir haben Vorprojekte vorliegend, welche wir diese Woche mit der Kerngruppe der Alterskonferenz diskutieren werden. Valentin Lagger, ich kann das Vorliegen des von dir gewünschten Berichtes im Oktober - d.h. vor der Budgetdebatte - nicht garantieren, jedoch bis Ende 2007.

Der Parlamentspräsident: Wir gelangen nun zur Abstimmung und stimmen darüber in zwei Teilen ab.

Herr Valentin Lagger (CVP): Aus meiner Sicht ist Folgendes festzuhalten: Wenn der Gemeinderat Antrag für die Umwandlung einer Motion in ein Postulat stellt, hat der oder die Erstunterzeichnende die Möglichkeit, sich mit der Umwandlung einverstanden zu erklären oder nicht. Wenn ja, wird die Motion als Postulat angenommen. Wenn nein, erfolgt eine Abstimmung. Da ich bereits erklärt habe, mit der Umwandlung einverstanden zu sein, ist die Motion in ein Postulat umgewandelt. Nun muss lediglich noch darüber abgestimmt werden, ob das Postulat erheblich erklärt oder abgelehnt wird.

Mit 18 : 17 Stimmen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die dringliche Motion Mitte Fraktion betr. Alterskonferenz der Gemeinde Köniz (0631) wird als Postulat abgelehnt.

7. Motion SP betr. Reklamereglement in der Gemeinde Köniz

Abschreibung 0204; Direktion Planung und Verkehr

Frau Claudia Egli (SP): Die vorliegende Motion wurde vor fast 5 Jahren, am 6. Mai 2002 eingereicht. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat dafür, dass er sich nun doch noch Zeit für die Motionsbeantwortung nahm, denn am 10. März 2003 wurde die Motion, mit Erfüllungsfrist bis 10. März 2005 erheblich erklärt und am 14. März 2005 bis zum 10. März 2007 verlängert. Gerne würden wir nun die Motion als erfüllt abschreiben lassen. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung auch, dass er vorsehe, im Verlaufe des Jahres 2007 die öffentliche Mitwirkung durchzuführen, 2008 aufzulegen und anschliessend das Reklamereglement dem Stimmvolk vorzulegen. Das Ganze könnte um einiges schneller abgewickelt werden, würde man sich mit der Stadt Bern oder Biel besprechen, die bereits über ein solches Reglement verfügen. In den Augen der SP-Fraktion ist es jedoch richtig, die Motion erst dann abzuschreiben, wenn sie wirklich erfüllt ist. Somit können die weiteren Schritte besser verfolgt und der Gemeinderat eher dazu verpflichtet werden, den versprochenen Zeitrahmen einzuhalten. Sobald das Reklamereglement dem Parlament vorliegt, werden wir diese Motion mit Freuden als erfüllt abschreiben. Die SP-Fraktion wird demzufolge der Abschreibung der Motion nicht zustimmen.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Die Begründung des Gemeinderates für die Abschreibung der Motion ist in den Augen der GB/GFL-Fraktion etwas gar kurz ausgefallen. Im Geschäftsreglement des Parlamentes ist in Art. 62 festgehalten, dass erheblich erklärte Motionen und Postulate auf Antrag des Gemeinderates vom Parlament abgeschrieben werden, wenn sie erfüllt sind oder sich als unerfüllbar erweisen. Die vorliegende Motion fordert vom Gemeinderat die Erarbeitung eines Reklamereglementes. Da das Reklamereglement erst in Erarbeitung ist, ist die Motion in unseren Augen noch nicht erfüllt und kann demzufolge noch nicht abgeschrieben werden. Ich hätte mir vom Gemeinderat in seiner Motionsbeantwortung etwas mehr Details gewünscht. Beim Durchlesen der alten Parlamentsprotokolle fand ich Erstaunliches: Der damalige Gemeinderat Walo Hänni erklärte einmal, die Kosten eines solchen Reklamereglementes würden irgendwo zwischen 50'000 und 500'000 Franken liegen, er wolle sich aber nicht festlegen. Vor zwei Jahren, bei der Beratung über die Verlängerung der Erfüllungsfrist, sprach man von Fremdaufwand in der Höhe von 100'000 Franken. Dazu ist Folgendes festgehalten: "Sobald sich die finanzielle Situation der Gemeinde verbessert, wird der Gemeinderat die erforderlichen Mittel im Voranschlag einstellen." Dazu habe ich eine Frage: Wird weiter mit solch hohen Fremdkosten gerechnet und sind die dafür notwendigen Mittel im Voranschlag enthalten? Beim Lesen der Protokolle hatte ich etwas den Eindruck, das Thema werde wie eine heisse Kartoffel herumgeschoben. Nun ist jedoch die damalige Motionärin, Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer, selber für die Erfüllung verantwortlich. Somit können wir zuversichtlich sein, dass uns das Reklamereglement innerhalb der versprochenen Frist vorliegen wird. Die GB/GFL-Fraktion wird der Abschreibung der Motion nicht zustimmen. Dies haben wir übrigens auch bei der Motion betr. Naturpark Köniz, für deren Erfüllung nun die damalige Erstunterzeichnende, Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild, zuständig ist, so gehalten.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Wenn man es genau nimmt, ist die vorliegende Motion noch nicht erfüllt und demnach noch nicht abzuschreiben. Das Reklamereglement und sogar das dazu gehörende Konzept sind noch in Ausarbeitung. Dasselbe gilt im Übrigen auch für Traktandum 9. Eine Motion ist erst dann erfüllt, wenn die geforderte Motionsmassnahme abgeschlossen ist. Uns fällt auf, dass der Gemeinderat in letzter Zeit häufig dazu tendiert, Motionen oder Postulate sehr früh abzuschreiben. Das wäre fast so, wie wenn ein 100-Meter-Läufer plötzlich bei 80 Metern stehen bleibt. Der Sprint ist jedoch erst beim Überschreiten der Ziellinie beendet. Nichtsdestotrotz wird die FDP/jfk-Fraktion der Abschreibung zustimmen, weil wir rein inhaltlich gut damit leben können.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke bestens für Ihre Stellungnahmen. Ich verstehe, wenn man für Nichtabschreibung der Motion stimmt. Wir sind an der Erarbeitung des Reklamereglementes und ich werde demnächst im Gemeinderat einen Antrag vorlegen, dass hiezu eine parlamentarische Kommission einberufen wird. Dies, damit die Erarbeitung des Reklamereglementes wirklich breit abgestützt ist. Wir werden uns bemühen, in Zukunft etwas umfangreichere Antworten auf Motionsforderungen abzugeben, auch wenn die Motion als erfüllt abzuschreiben ist. Wir rechnen für die Erarbeitung des Reklamereglementes mit Kosten in der Höhe von 70'000 bis 80'000 Franken. Wir mussten Drittpersonen sowie Juristen beiziehen und sehen - wie bereits erwähnt - die Einberufung einer parlamentarischen Kommission vor. Aus meiner Sicht kann die Motion aufrechterhalten bleiben.

Der Parlamentspräsident: Ich mache auf Art. 61 des Geschäftsreglement des Parlamentes aufmerksam, wo in Abs. 1 folgendes festgehalten ist: "Erheblich erklärte Motionen und Postulate sind vom Gemeinderat so rasch als möglich, längstens aber innert zwei Jahren seit der Erheblicherklärung, zu erfüllen." In Abs. 2: "Das Parlament kann auf begründetes Gesuch des Gemeinderates die Erledigungsfrist um maximal zwei Jahre erstrecken." Eine nochmalige Verlängerung ist nicht mehr vorgesehen.

Mit 15 Ja- : 18-Nein- Stimmen bei 3 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion SP betr. Reklamereglement in der Gemeinde Köniz (0204) wird nicht abgeschrieben.

Herr Kohler (FDP) verlässt das Parlament.

8. Überparteiliches Postulat betr. Verbesserung der Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates

Abschreibung 0208; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Thomas Hänni (FDP): Wir erklären uns mit der Postulatsbeantwortung des Gemeinderates einverstanden. Die Kommunikation hat sich verbessert, wozu das Medium Internet sicher mithilft. Die Newsletter per E-Mail sind informativ, praktisch und günstig. Es gibt jedoch immer noch Einiges, das uns nicht so gefällt: Am 26. Februar 2007 wurden die Medien über das Wohnbauprojekt Plattenweg Schliern orientiert. Danach wurde das Geschäft in der GPK beraten und anschliessend in den Fraktionen. Heute Abend - zwei Wochen nach der Orientierung der Medien - hat das Parlament darüber beraten. Der Gemeinderat setzt sehr viel Vertrauen ins Parlament, wenn er die Medien bereits zwei Wochen vor der Parlamentsdebatte über Geschäfte orientiert. Oder haben wir Parlamentsmitglieder - wenn über ein solch gutes Geschäft bereits öffentlich orientiert wurde - nur noch Ja zu sagen? Diese Abläufe erscheinen in unseren Augen nicht ganz ideal zu sein. Der Zeitpunkt der Orientierung der Öffentlichkeit über solche Geschäfte muss überdenkt werden. Infolge des neuen Kommunikationskonzeptes wurde ein Kommunikationsverantwortlicher mit einem 100-Prozent-Pensum angestellt, der sich dieses Umstandes sicher annehmen wird.

Herr Harald Henggi (FDP): Ich danke dem Gemeinderat für seine Beantwortung. Auch dieses Geschäft ist - wie das Geschäft Reklamereglement - bereits etwas älteren Datums. Das vorliegende Geschäft bezog sich damals auf die Präsentation von Rechnung 2001 und Budget 2002, wo das Parlament erst verspätet oder via Medien über Beschlüsse des Gemeinderates orientiert wurde. Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass wir Parlamentsmitglieder davon profitieren sollen, dass nun ein Kommunikationsverantwortlicher angestellt ist. Wenn ich allerdings die Aufgaben betrachte, welche ihm nun als Erstes übertragen werden, sehe ich noch nicht, wie wir Parlamentsmitglieder davon profitieren sollen. Ich kann das von Thomas Hänni Gesagte unterstützen. Ein Punkt hat sich seit der Einreichung des Postulates deutlich verbessert: Dank E-Mail werden wir heute viel schneller informiert als damals. Der Grundsatz jedoch, dass das Parlament "wenn möglich vor der Öffentlichkeit oder zumindest zeitgleich informiert wird", ist nicht nach meinem Gusto. Das Parlament muss nach meinem Dafürhalten immer vor der Öffentlichkeit über Beschlüsse des Gemeinderates orientiert werden. Wir erklären uns trotz den kritischen Anmerkungen mit der Antwort des Gemeinderates - im Zusammenhang mit den damals gestellten Fragen - mit der Abschreibung des Postulates einverstanden. Je

nach Entwicklung werden wir jedoch bei Bedarf einen neuen Vorstoss einreichen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich nehme den von Harald Henggi geäusserten Wunsch entgegen. Der Gemeinderat äusserte sich in seiner Postulatsbeantwortung bewusst sehr vorsichtig. Im Prinzip herrscht die eiserne Regel, dass die Parlamentsmitglieder vor der Orientierung der Presse per E-Mail informiert sein müssen. Daran wollen wir uns halten. Ich weise zusätzlich darauf hin, dass vermehrt spezielle Veranstaltungen zu ausgewählten Themen stattfinden, zu welchen wir Sie einladen, wie z.B. die jährliche Information über die Finanzlage der Gemeinde Köniz. Dem Gemeinderat erscheint es besser, gezielt und selektiv die wichtigen Themen zum Gegenstand seiner Informationspolitik zu machen, als jeden einzelnen gemeinderätlichen Entscheid zu kommunizieren. Da über gewisse Themen nicht ohne Begleitung informiert werden kann, wäre eine jeweils sofortige öffentliche Orientierung über jeden gemeinderätlichen Beschluss zu aufwändig. Die Informationspraxis des Parlamentes in der Gemeinde Köniz entspricht der gängigen Praxis.

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das überparteiliche Postulat betr. Verbesserung der Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates (0208) wird abgeschrieben.

9. Motion Mader (SP/JUSO) betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot

Abschreibung 0424; Direktion Planung und Verkehr

Frau Claudia Egli (SP): Auch diese Motion soll - wie die Motion betr. Reklamereglement - abgeschrieben werden, bevor die Arbeit erledigt ist. Die SP-Fraktion bittet Sie darum, die Motion nicht abzuschreiben, so lange sie nicht erfüllt ist. Es ist in unseren Augen wichtig, dass die Anliegen der Motion so rasch als möglich erfüllt werden.

Herr Hugo Staub (SP): Ich nehme das Bild von Bernhard Bichsel betreffend dem Abbrechen eines Hundert-Meter-Laufes bereits bei 80 Metern auf. Sowohl bei diesem Geschäft wie auch beim Reklamereglement ist das Bild nicht ganz zutreffend. Es ist eher so, dass der Hundert-Meter-Sprint mit einem sehr gemütlichen Spaziergang begonnen wurde und nun, mit Blick auf das Ziel, langsam in einen Sprint übergegangen wird.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Wird die vorliegende Motion nicht abgeschrieben, geht das für mich in Ordnung. Betreffend Sprint: Seitdem ich für dieses Geschäft verantwortlich bin, sind wir am Sprinten.

Mit 13 Ja- : 18 Nein-Stimmen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion Mader (SP/JUSO) betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot (0424) wird nicht abgeschrieben.

10. Überparteiliches Postulat jfk/FDP betr. Kantonsbeiträge für Könizer Regionalbibliotheken

Beantwortung 0621; Direktion Bildung und Soziales

Herr Harald Henggi (FDP): Wir danken dem Gemeinderat für die Annahme des Postulates. Da der Gemeinderat das geforderte Gesuch um jährliche finanzielle Unterstützung der Könizer Regionalbibliotheken beim Kanton stellte, erklären wir uns mit der vom Gemeinderat beantragten gleichzeitigen Abschreibung des Postulates einverstanden. Der Gemeinderat stellt in seiner Antwort fest, dass die Anforderungen für den Erhalt von kantonalen Beiträgen erfüllt sind. Aus dieser Sicht ist kein Grund vorhanden, weshalb Köniz im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden benachteiligt werden soll. Wir gehen auch davon aus, dass das Parlament über die noch ausstehende Antwort des Kantons - worüber sich Gemeinderat Ueli Studer äussern wird - und das weitere Vorgehen informiert wird. Wir bitten den Gemeinderat diesbezüglich, hartnäckig zu bleiben. Wir tun es auch.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich kann mich dem Votum von Harald Henggi anschliessen und möchte explizit festhalten, dass es Aufgabe des Gemeinderates ist, das Gesuch um Beiträge

an die Könizer Regionalbibliotheken einzureichen. Ich persönlich bin nicht glücklich über das beim Kanton Bern herrschende Transfer- und Subventionssystem. Wir müssen das Spiel aber im Interesse der gesamten Bevölkerung mitspielen. Aufgrund von immer höheren Beiträgen an den Kanton müssen wir jedoch unser Recht auf Beiträge einfordern. Wurde die Anfrage betreffend finanzieller Unterstützung der Könizer Regionalbibliotheken durch den Kanton bereits beantwortet? Wenn ja, würde ich gerne darüber informiert.

Frau Anna Mäder (SP): Auch die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Antwort. Das Postulat war breit abgestützt und widerspiegelt den Stolz auf unsere Könizer Mediotheken. Wir sind sehr erfreut, dass der Gemeinderat das Postulat nicht nur zur Annahme empfiehlt, sondern das Gesuch bereits eingereicht hat. Betrachten wir die beiliegende Liste der Voraussetzungen für Kantonsbeiträge an Regionalbibliotheken, erfüllt Köniz diese. Ich habe noch Fragen zu einzelnen Punkten. Zu Punkt 3, betreffend Literaturvermittlung, die nicht in eigenen Beständen vorhanden ist: Erfüllt die Gemeinde Köniz die verlangten Voraussetzungen voll und ganz? Funktioniert der regionale Leihverkehr? Als letzten Punkt: Engagiert sich die Regionalbibliothek Köniz im Bereich der Berufsbildung? Zu diesen drei Punkten konnte ich der gemeinderätlichen Antwort nicht entnehmen, ob hier die Vorgaben des Kantons für den Erhalt von Beiträgen wirklich erfüllt sind. Mich interessiert auch, mit welchen Begründungen der Kanton bereits vorher eingereichte Gesuche jeweils ablehnte.

Herr Christian Burren (SVP): Es ist merkwürdig, wenn die Gemeinde Köniz alle Voraussetzungen für den Erhalt von Unterstützungsbeiträgen erfüllt, jedoch vom Kanton jeweils abschlägigen Bescheid auf dahingehende Gesuche erhält. Ich appelliere hier an unsere beiden Grossrätinnen, die Interessen der Gemeinde Köniz beim Kanton mit allem Nachdruck zu vertreten. Ich bitte Sie, das Postulat nicht abzuschreiben, um den politischen Druck gegenüber dem Kanton aufrechtzuerhalten und somit dem Gemeinderat den Rücken zu stärken.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Das vorliegende Postulat wurde am 23. Oktober 2006 von 37 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet. Wenn die Möglichkeit besteht, vom Kanton Beiträge zu erhalten, sind wir alle - auch wir Grünen - dafür. Das Postulat muss aus unserer Sicht abgeschrieben werden, da es erfüllt ist, d.h. das Gesuch ist eingereicht. Aber, in der gemeinderätlichen Antwort steht, dass bereits früher eingereichte Gesuche um kantonale Beiträge immer wieder mit schöner Regelmässigkeit abschlägig beantwortet worden seien. Es braucht nicht viel Fantasie, sich vorzustellen, was mit dem nun eingereichten Gesuch geschehen wird. Die GB/GFL-Fraktion konnte nun in Kenntnis bringen, was allenfalls der Grund für die Ablehnung der jeweiligen Gesuche sein könnte: Der Entscheid werde durch ein Gremium gefällt, in welchem viele VertreterInnen aus anderen Regionalbibliotheken Einsitz hätten. Das lässt den Schluss zu, diese Gremiumsmitglieder hätten kein sehr grosses Interesse daran, den Beitragskuchen durch mehr Mitglieder teilen zu müssen. Falls das Gesuch wiederum abgelehnt wird, fordern wir den Gemeinderat auf, dagegen Rekurs einzureichen. Ich schliesse mich Christian Burren an, dass, um den politischen Druck aufrechtzuerhalten, das Postulat nicht abgeschrieben werden sollte.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich bitte Sie, das Postulat abzuschreiben, da die Forderung um die Einreichung eines Gesuches beim Kanton erfüllt ist. Man kann den Gemeinderat jedoch dazu auffordern, einen Rekurs auf einen allfälligen negativen Entscheid des Kantons zu führen. Das Parlament hat auch die Möglichkeit - ich biete hiezu Hand - einen erneuten Vorstoss einreichen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Es gibt tatsächlich Vorstösse, die für den Gemeinderat hilfreich sind. Der vorliegende zählt zu diesen, denn hier ist politischer Druck notwendig, um zu einem Ziel zu gelangen. Der Gemeinderat hat das geforderte Gesuch eingereicht und beantragt aus diesem Grund die Abschreibung des Postulates. Ich gehe nun auf die Antwort des Kantons ein, die ich in der Zwischenzeit erhalten habe. Die "Kommission für Schul- und Gemeindebibliotheken" des Kantons Bern beantwortete das Gesuch um jährliche finanzielle Unterstützung der Könizer Regionalbibliotheken - kurz zusammengefasst und etwas salopp ausgedrückt - wie folgt: Das Gesuch sei entgegengenommen worden, man verstehe das Anliegen, könne jedoch nicht helfen. Etwas ausführlicher lautet die ablehnende Antwort der Kommission für Schul- und Gemeindebibliotheken wie folgt: "Grundsätzlich muss dazu, bei aller persönlicher Sympathie für ihren Antrag, Folgendes festgehalten werden: Das Konzept der Regionalbibliotheken im Kanton Bern folgt raumplanerischen und bibliothekpolitischen

Überlegungen. Pro Region wurde immer nur eine Bibliothek als Regionalbibliothek vorgesehen. Eine zweite Regionalbibliothek in der Region Bern müsste fast zwangsläufig mit einer Teilung dieser Region einhergehen. Seit der Festlegung der Bibliotheksregion wurde bisher keine zusätzliche Bibliothek als Regionalbibliothek anerkannt. Eine Ausnahme bildet aus regionalpolitischen Gründen der Berner Jura." Das verstehen wir. Bis anhin, Anna Mäder, erhielten wir immer wieder dieselben Antworten auf unsere Gesuche hin. Nun ist dem Schreiben folgender positiver Aspekt zu entnehmen, indem geschrieben steht, dass die deutschsprachige Teilkommission unseren Antrag an ihrer nächsten Sitzung - Ende Februar -bibliothekpolitisch und im Hinblick auf eventuelle finanzielle Auswirkungen diskutieren und sich mit diesem Thema beschäftigen wolle. Die nächste Sitzung der Gesamtkommission wird allerdings erst im Mai 2007 stattfinden. Deshalb werden wir um etwas Geduld gebeten. Das Schreiben beinhaltet - dies als Hinweis an die Gemeinderatsmitglieder -ausserdem Folgendes: "Die zusätzlichen finanziellen Mittel für eine Regionalbibliothek müssten vom Grossen Rat des Kantons Bern bewilligt werden. Die Bibliothekskommission verfügt nicht über die entsprechenden Mittel." Das heisst somit tatsächlich, dass wir beim Grossen Rat vorstellig werden müssen. Wir werden Rekurs einlegen und versuchen, die Angelegenheit mit Rechtsmitteln anzugehen. Zur Aufforderung von Bernhard Bichsel, Rekurs einzulegen: In den Lastenausgleich kann Vieles eingegeben werden. Zu den Fragen von Anna Mäder: Wir erfüllen alle vom Kanton gestellten Voraussetzungen für den Erhalt von jährlichen Beiträgen an Regionalbibliotheken vollumfänglich und haben somit Anspruch darauf. Alles andere wäre eine Ungleichbehandlung. Folgedessen werden wir bei einer nochmaligen Negativentscheid Ende Mai rechtliche Schritte eingehen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Noch ein Hinweis betreffend Regionalpolitik: Die Bibliotheken in Spiez und Thun sind nicht weiter voneinander entfernt als jene von Köniz und Bern, erhalten jedoch beide jährliche Beiträge.

Einstimmig (Annahme Postulat) und mit 24 : 11 Stimmen (Abschreibung), fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das überparteiliche Postulat jfk/FDP betr. Kantonsbeiträge für Könizer Regionalbibliotheken (0621) wird erheblich erklärt und abgeschrieben.

11. Motion SVP betr. Budgetberatung im Parlament

Beantwortung 0625; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Niklaus Hofer (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für seine Motionsbeantwortung und hoffe, dass wir im Dezember 2007 etwas gemütlichere Parlamentssitzungen führen können. Ich stimme für die Annahme der Motion, jedoch gegen die Abschreibung. Die Motion ist in meinen Augen bis zur Budgetberatung im November 2007 nicht erfüllt. Ich bitte Sie, die Motion nicht abzuschreiben.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Niklaus Hofer, gemäss meinen Überlegungen hätte aus Effizienzgründen auf diesen Vorstoss verzichtet werden können, denn ich erklärte bereits öffentlich, dass die Budgetberatung dieses Jahr im November stattfinden wird.

Mit 30 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Annahme Motion) und 19 : 9 Stimmen bei 7 Enthaltungen (Abschreibung) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion SVP betr. Budgetberatung im Parlament (0625) wird erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.

12. Interpellation Staub-Muheim (SP) betr. Swisscom-Versuch für ein City WLAN in Köniz

Beantwortung 0629; Direktion Präsidiales und Finanzen

Frau Stephanie Staub (SP): Ich beantrage Diskussion.

Der Parlamentspräsident: Da 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die Diskussion

gewährt.

Frau Stephe Staub (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Interpellation und den Erklärungen zum Unterschied zwischen City WLAN und der Handytechnologie im Allgemeinen. Von der Antwort des Gemeinderates erkläre ich mich, was das Technische anbelangt, befriedigt. In politischen und vor allem in Präventivfragen bleiben jedoch noch Unklarheiten bestehen. Unsere Bedenken gegenüber elektromagnetischen Strahlungen die - wie uns allen bekannt ist - zu den am schnellsten wachsenden Umweltbelastungen zählen, sind immer noch vorhanden. In der Interpellationsbeantwortung wird erklärt, dass es sich beim City WLAN um eine kleine Strahlenbelastung handle. Wir sind trotzdem beunruhigt und fragen uns, wie viele kleine Mengen bis zur Erreichung einer Gesamtmenge notwendig sind, die gesundheitlich belasten kann. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich um ein Swisscom- und nicht um ein Gemeindeprojekt handle. Wenn jedoch der Gemeinderat der Swisscom die Möglichkeit gibt, auf öffentlichem Grund im Zentrum von Köniz Access Points mit Antennen zu erstellen; müssen sich die Bürgerinnen und Bürger von Köniz das gefallen lassen? Ja, denn man muss z.B. an einer Bushaltestelle warten, die als so genannte Zapfsäule benötigt wird. Ob öffentlicher Grund oder privater Garten zu Hause ist ein wichtiger Unterschied. Privat kann jedermann selber entscheiden, ob er sich dieser Strahlung aussetzen will. Auf öffentlichem Grund ist dies nicht der Fall. Die Grundsatzfragen, ob wir diese Technologie wirklich wollen oder brauchen und wie die Langzeitwirkungen aussehen, bleiben somit bestehen. Eine neue Studie des Nationalfonds über Langzeitauswirkungen von NIS (Nichtionisierenden Strahlungen) ist noch nicht ausgewertet. Wir werden "dranbleiben" und die Auswertungen kritisch mitverfolgen. Da der Versuch laut Gemeinderat auf 1 Jahr beschränkt ist, befremden mich die Abklärungen des AGR im Auftrag des Bauinspektorates Köniz für einen eventuellen späteren Dauerbetrieb von WLAN-Sendern. Ich werde mir deshalb erlauben, vor Ablauf des Vertrages nachzufragen, wie das so genannte Abtastergebnis der Könizer Kundenbedürfnisse ausgefallen ist und wie es weitergehen soll. Aus diesem Grund würde ich gerne über das genaue Startdatum des Vertrages und die Standorte der Access Points informiert werden. Gemäss der Antwort des Gemeinderates könnten unter anderem auch die Spitex-Frauen das City WLAN benutzen und somit von unterwegs immer auf das Spitex-Netz zugreifen. Die Spitex-Frauen holen eine dringend benötigte Beinbinde jedoch sicher lieber direkt in der Zentrale, anstatt sie auf der Strasse per Laptop zu bestellen. Zumal - das nur für Insider - die Spitex-Frauen von der Gemeinde keinen Laptop als Arbeitsgerät zur Verfügung gestellt erhalten.

Frau Claudia Egli (SP): Ich muss noch "etwas loswerden": Es ist in meinen Augen etwas speziell, Handys - obwohl diese Technologie vorhanden ist - an den Schulen zu verbieten, gleichzeitig jedoch mit City WLAN eine neue Technologie in unserer Gemeinde einzuführen, mit welcher die Möglichkeit besteht, von unterwegs und ohne elterliche Kontrolle zu surfen, zu chatten, etc. Das zeigt noch mehr auf, wie sinnlos kollektive Verbote sind. Wollen wir zu einem späteren Zeitpunkt auch noch die Benutzung von Laptops verbieten? Ist die Einführung von City WLAN für die Gemeinde wirklich notwendig, wenn wir bereits unsere jungen Handybesitzer nicht im Griff haben? Mit solchen Verboten lösen wir die wirklichen Probleme nicht.

Herr Daniel Oester (jfk): Ich habe einerseits Verständnis dafür, dass neue Technologien Ängste auslösen können. Ich war jedoch andererseits aufmerksamer Leser von Karl-May-Geschichten, wo bereits die Indianer vor dem "Feuerross" warnten. In meinen Augen ist es richtig, dass sich die Gemeinde Köniz nicht nur für umwelttechnische Belange offen zeigt, sondern auch in anderer Hinsicht offen für Neues ist. Das gibt unserer Gemeinde ein innovatives und dynamisches Image. Bereits im Mai 2006 bezeichnete die Interpellantin Mobilfunkantennen in einer Interpellation (0527) als unnötige Technologie. Stephe Staub, wenn du das so siehst, ist dies dein Problem. Ich als Vertreter der Dienstleistungsbranche lade dich ein, einmal einen Tag zusammen mit mir zu verbringen. Dann wirst du bemerken, dass WLAN nicht Zukunftsmusik, sondern Realität und aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken ist.

Herr Hermann Gysel (EVP): Ich vertrete hier nicht die Meinung von Swisscom - meinem Arbeitgeber -, sondern zeige mein mitgebrachtes Lämpchen mit Batterie. Wenn ich dieses anzünde, ist die Strahlung zehnmal stärker als jedes WLAN, jedoch fast sichtbar. Die Idee von WLAN ist, dass mit einer kleinen Leistung Kommunikation hergestellt werden kann. Dafür müssen jedoch die dafür notwendigen Einrichtungen in kleinen Abständen zur Verfügung gestellt werden. Das wäre in meinen Augen auch eine grundsätzlich grüne gute Idee.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich danke Claudia Egli für ihr liberales Votum. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass Verbote nicht alles lösen können. WLAN ist eine neue Technologie, die in meinen Augen bereits seit längerer Zeit benutzt wird und Realität ist. Mich erstaunt, wenn man sich zu einem solch guten Versuch, den der Gemeinderat in Angriff nehmen will, derart negativ äussert.

Frau Stephanie Staub (SP): Wir haben davon gesprochen, dass im Zentrum von Köniz eine Begegnungszone und Flaniermeile geschaffen werden soll. Genau dort soll nun dieser Versuch durchgeführt werden, über dessen Langzeitwirkungen wir noch nichts wissen. Das stört mich.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Die Diskussion zu diesem Thema ist sehr kontrovers. Auch der Gemeinderat diskutierte offen und intensiv darüber. Wir haben auf Anfrage der Swisscom hin beschlossen, diesen Versuch zu ermöglichen. Dass die Strahlenproblematik viele Ängste auslösen kann, verkennen wir nicht und das wurde an den gemeinderätlichen Beratungen zum Ausdruck gebracht. WLAN hat jedoch wesentlich geringere Sendeleistungen als die Technologien rund ums Handy. Das Moratorium wurde für Mobilfunkantennen festgelegt und in dem Sinne präzisiert, damit WLAN-Antennen davon nicht betroffen sind, da diese gemäss Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) wegen ihrer schwachen Leistung nicht bewilligungspflichtig sind. Die Frage nach dem Bedürfnis für WLAN haben wir nicht vertieft geprüft, da es sich um einen Swisscom-Versuch handelt. Etwas zur Geschichte der SMS (Short Message System): Die Swisscom führte diese Technologie vor Jahren ohne Businessplan ein, da viele nicht von deren Rentabilität überzeugt waren. Der Gemeinderat wollte der Swisscom - nicht zuletzt, weil die Gemeinde Köniz Standortgemeinde dieser Firma ist - ermöglichen, diesen Versuch durchzuführen. Dies auch angesichts der sehr niedrigen Sendeleistung, die für WLAN notwendig ist.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

13. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

0705 Interpellation FDP betr. Verbot elektronischer Geräte auf Könizer Schularealen - nicht durchdachte Hauruckübung?

0706 Interpellation SP betr. "Kultiviert zur Kultur" - Mobilitätskonzept für den Kulturbetrieb in den Vidmarhallen

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich orientiere - nach der Abstimmung von gestern - kurz über den Stand von Police Bern in Köniz. Die Profile für den Ausbau hinter dem Polizeigebäude an der Sägestrasse stehen. Vor einer Woche fand eine Information für die Anwohnenden statt, an welcher wir die Pläne vorstellten und den Zeitrahmen bekanntgaben. Das Gebäude sollte in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 bezugsbereit sein. Wir wollen unsere Verträge mit dem Kanton auf diesen Zeitpunkt hin abgeschlossen haben. Zwei Sitzungen haben bereits stattgefunden und zur Bildung von Arbeitsgruppen - jeweils mit Vertretern aus Gemeinde und Kanton - geführt, welche Abklärungen in rechtlicher Hinsicht, in Personalfragen, betreffend Leistungen, Material, Infrastruktur, Finanzen und Kommunikation vornehmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich möchte zwei, drei Worte zum neuesten HIV-Rating abgeben: Sie haben sicher zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinde Köniz sehr gut abgeschnitten hat und in der Agglomeration Bern als beste Gemeinde geratet wurde, wenn alle fünf Bereiche analysiert werden. Der Gemeinderat hat dies mit Freude zur Kenntnis genommen. Er ist durchaus aber auch der Meinung, dass solche Ratings nicht überbewertet werden dürfen, jedoch gewisse Hinweise geben können. In diesem Rating sind Fragenkomplexe enthalten, die bei der Art der Erhebung Fragen offen liessen. Der Gemeinderat kann aber dem Rating gewisse Hinweise über Stärken und Schwächen der Gemeinde Köniz entnehmen. Wir wollen die Schwächen bearbeiten und die Stärken weiterpflegen. Wichtig ist es mir, an dieser Stelle der Verwaltung für ihre Arbeit zu danken. Ohne eine gute Verwaltung würde eine Gemeinde in einem solchen Rating niemals einen guten Platz erreichen.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich mache auf die Information zum Bericht

Hornung vom Montag, 19. März 2007 um 18.30 Uhr aufmerksam. Herr Hornung wird seinen Bericht hier der Aula des Hessgutschulhauses vorstellen. Der Liebefeldleist reichte eine Petition mit 350 Unterschriften ein, da er sehr enttäuscht ist, dass die vorgesehenen Lärmschutzwände entlang der Hessstrasse nicht realisiert werden und dass das Postulat betr. Tempo 30 auf der Hessstrasse (0604) vom Parlament nicht erheblich erklärt wurde. Bevor falsche Gerüchte herumgereicht werden, gebe ich bekannt, dass diese Petition nicht von mir bestellt wurde, sondern der Vorstand des Liebefeldleistes lancierte diese Petition.

Herr Valentin Lagger (CVP): Wir haben heute einige Abstimmungen hinter uns gebracht. Bei der dringlichen Motion betreffend Alterskonferenz in der Gemeinde Köniz wurden letztendlich 35 Stimmen ausgezählt, anwesend waren jedoch 36 Parlamentsmitglieder. Da die in ein Postulat umgewandelte Motion mit 18 : 17 Stimmen nicht erheblich erklärt wurde, habe ich grosses Interesse daran, nochmals abstimmen zu lassen.

Der Parlamentspräsident: Wir haben nun das Problem, dass nur noch 35 Parlamentsmitglieder anwesend sind, Herr Kohler verliess das Parlament nach der Beratung von Traktandum 7. Wir werden das Vorgehen noch prüfen.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Letzten Freitagabend nahm ich an der Sportschau des Schulsports Köniz teil, der seinen 35. Geburtstag feiern konnte. Ich war sehr beeindruckt von den Leistungen der mehreren hundert Kinder und Jugendlichen und von der Vielfalt der gezeigten Sportarten. Ich gratuliere den Verantwortlichen und Mitwirkenden dazu. Schade, dass nicht mehr Mitglieder des Parlaments - die ja alle eingeladen waren - daran teilnehmen konnten. Sie haben etwas verpasst.

Frau Ursula Wyss (GFL): Anlässlich der Sitzung vom 18. Dezember 2006 haben wir mit grossem Mehr die Motion betr. erneuerbare Energie (0611) erheblich erklärt. Ich habe damals in meinem Votum unter anderem auf das goldene Energiestadtlabel names European Energie Award Gold hingewiesen und erklärt, dieses anzustreben würde der Gemeinde Köniz gut anstehen. Nun las ich in der Zeitung "Bund" vom 19. März 2007, dass die Gemeinde Münsingen den Erhalt dieses Labels anstrebt. Im gleichen Zug hat Münsingen als erste Gemeinde das Energieabkommen mit dem Kanton Bern unterschrieben. Darin sind Massnahmen zum Energiesparen aufgeführt. Der Kanton Bern will damit das Energiesparen fördern und unterstützt engagierte Gemeinden, nicht zuletzt finanziell. Ich frage den Gemeinderat, ob er die Unterzeichnung des Energieabkommens sowie den Beitritt zu diesem Label prüfen will.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich hätte einen Vorschlag betreffend des Abstimmungsproblems im Geschäft 6 betr. Alterskonferenz in der Gemeinde Köniz: Wenn ein Parlamentsmitglied weiss, dass es sich bei diesem Geschäft der Stimme enthalten hat, wäre das Resultat richtig. Wenn ja, bitte ich das betreffende Parlamentsmitglied, sich zu melden.

Frau Stephanie Staub (SP): Anlässlich der Budgetdebatte im Dezember mussten 300'000 Franken eingespart werden. Genau soviel Geld ist in den Schulsport geflossen. Ich möchte mich dem Votum von Elisabeth Troxler anschliessen, der Anlass am letzten Freitag war super. Ich hoffe, dass wir nie 300'000 Franken für diesen Anlass sparen müssen.

Herr Hans Moser (SVP): An der Hauptversammlung des Ortsvereins Mittelhäusern wurde heftig über die mangelnden Parkplätze - es sind nur deren drei vorhanden - vor dem Gemeindehaus in Köniz diskutiert. Für die Bewohnenden von Mittelhäusern ist Köniz weit entfernt und oft kann nicht der öffentliche Verkehr benützt werden. Meine Frage: Wie weit wird die Bevölkerung über die Parkmöglichkeiten rund ums Gemeindehaus sowie im Migros und Coop aufmerksam gemacht? Wie gut sind die drei Parkplätze vor dem Gemeindehaus besetzt? Bestünde eventuell die Möglichkeit, mittels einer Tafel Parkplatzsuchende über die Parkmöglichkeiten rund ums Gemeindehaus und im Migros und Coop zu informieren?

Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Ich nehme den Hinweis von Ursula Wyss gerne entgegen. Wir werden die Angelegenheit prüfen.

Der Parlamentspräsident: Ich komme auf den Antrag von Valentin Lagger betr. Abstimmung zum Geschäft Alterskonferenz zurück. In Art. 44 des Geschäftsreglementes ist in Abs. 1 Folgendes festgehalten: "Antrag auf Wiedererwägung eines Geschäfts oder eines Beschlusses zu einem Geschäft kann nur am Sitzungstag, an welchem das betreffende Geschäft verabschiedet wurde, gestellt werden." Abs. 2 lautet: "Bei Gutheissung eines Wiederwägungs-

antrags wird über das Geschäft oder den Beschluss zu diesem Geschäft erneut beraten; Art. 35 ff sind anwendbar."

Das Wiedererwägungsgesuch von Valentin Lager, die Abstimmung zu Geschäft 6, Dringliche Motion Mitte Fraktion betr. Alterskonferenz der Gemeinde Köniz, wird mit 16 : 12 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, angenommen.

Mit 11 : 17 Stimmen bei 7 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die dringliche Motion betr. Alterskonferenz der Gemeinde Köniz (0631) wird erheblich erklärt.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich bin Demokrat und sollte ich hier diese Abstimmung verlieren, akzeptiere ich dies. Das vorgenommene Verfahren ist jedoch in meinen Augen nicht akzeptabel. Deshalb stelle ich Antrag auf nochmalige Wiedererwägung.

Der Parlamentspräsident: Damit ich nicht nochmals einen Fehler begehe, möchte ich von Bernhard Bichsel wissen, was am Verfahren nicht richtig war.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Es müssen auch die Enthaltungen ausgezählt werden, damit das Resultat am Schluss stimmt.

Der Parlamentspräsident: Das wollte ich durchführen lassen, doch jene, die sich der Stimme enthalten haben, liessen sich nicht auszählen

Frau Ursula Wyss (GFL): Wir können der Einfachheit halber unter Namensaufruf abstimmen lassen.

Der Parlamentspräsident: Wir stimmen unter Namensaufruf ab. Wer Ja sagt, stimmt dem Antrag des Gemeinderates auf Ablehnung des Postulates zu.

Herr Hermann Schmid (SP): Bernhard Bichsel beantragte erneut die Abstimmung über Wiedererwägung und darüber wurde noch nicht abgestimmt.

Der Antrag auf erneute Wiedererwägung wird mit 23 Stimmen angenommen.

Der Parlamentspräsident: Die Abstimmung findet unter Namensaufruf statt.

Herr Hugo Staub (SP): Da die Situation nun etwas konfus ist, schlage ich vor, in zwei Schritten abzustimmen. Erstens über die Zustimmung für die Erheblicherklärung des Postulates. Zweitens über die Abschreibung des Postulates.

Der Parlamentspräsident: Nochmals, wer das Postulat ablehnen will, sagt unter Namensaufruf Ja. Wer das Postulat nicht ablehnen will, sagt unter Namensaufruf Nein.

Name	Vorname	Ja	Nein
Herr Antenen	Peter		X
Herr Arm	Alfred		X
Herr Balz	Christian	X	
Frau Berlinger	Annemarie		X
Herr Bichsel	Bernhard	X	
Herr Burren	Christian	X	
Herr Caminada	Ignaz		X
Frau Egli	Claudia		X
Frau Fischli	Liz	X	
Herr Graber	Martin		X
Herr Gysel	Hermann		X
Herr Hänni	Thomas	X	
Herr Henggi	Harald		X
Herr Herren	Thomas		X
Herr Hofer	Niklaus	X	
Herr Krebs	Daniel	X	
Herr Lagger	Valentin		X
Herr Lehmann	Stefan	X	
Frau Mäder	Anna		X
Herr Maibach	Urs	X	
Frau Matter	Brigitta	X	
Herr Moser	Hans	X	
Herr Oester	Daniel	X	
Herr Pestalozzi	Hansueli	X	
Frau Rüegsegger	Elisabeth	X	
Herr Salvisberg	Ueli	X	
Herr Salzmann	Christoph		X
Herr Schmid	Hermann		X
Herr Stähli	Markus	X	
Herr Staub	Hugo		X
Frau Staub	Stephie		X
Herr Stucki	Mark	X	
Frau Troxler	Elsbeth		X
Frau Wyss	Ursula	X	
Herr Zwahlen	Rolf		X

Mit 18 : 17 Stimmen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die in ein Postulat umgewandelte dringliche Motion Mitte Fraktion betr. Alterskonferenz der Gemeinde Köniz wird abgelehnt.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Die vorgenommene Abstimmung ist in meinen Augen ein an der Grenze des Legalen. Wenn ein Vorstoss abgelehnt wurde, kann jedes Parlamentsmitglied warten, bis "die richtigen Leute" gegangen sind und einen Wiedererwägungsantrag stellen. Ich bitte den Gemeinderat abzuklären, ob das durchgeführte Verfahren überhaupt möglich ist.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Das werden wir abklären lassen.

Herr Valentin Lagger (CVP): Wir haben verloren, die Abstimmung erbrachte nun jedoch ein

richtiges Ergebnis. Es geht mir hier um Politik und nicht um taktische Spiele. Es ging mir darum, dass in der ersten Abstimmung 36 Parlamentsmitglieder anwesend waren, jedoch nur 35 Stimmen ausgezählt worden sind. Nun wurde die Abstimmung wiederholt und richtig ausgezählt. Punkt.

Herr Daniel Oester (jfk): Ich mache beliebt, das Zählsystem zu überdenken. Denn ich hatte schon an der letzten Parlamentssitzung das Gefühl, es sei eine gewisse Unsicherheit vorhanden. Der Quervergleich sollte immer vorgenommen werden. Hanspeter Kohler hatte in der ersten Abstimmung heute Abend der Ablehnung der Motion zugestimmt und somit wäre sie mit 19 : 17 Stimmen abgelehnt worden.

Der Parlamentspräsident: Ich hoffe, dass sich bei der nächsten Abstimmung auf meinen Aufruf auch jene Parlamentsmitglieder melden, die sich der Stimme enthalten wollen.

Die Sitzung dauerte - wie bereits vorausgesehen - heute Abend etwas länger. Das Ziel jedoch, sie vor 23.00 zu beenden, wurde erreicht. Ich lade Sie herzlich zur Informationsveranstaltung über die Bevölkerungsszenarien ein, die am 19. März 2007 um 18.30 hier in diesem Saal stattfinden wird. Ich hoffe, das Parlament wird möglichst vollzählig erscheinen.

Die nächste Parlamentssitzung findet am 7. Mai 2007 um 19.00 Uhr statt.

Schluss der Sitzung um 23.00 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident

Die Sekretärin

Ignaz Caminada

Anita Fehlmann